:antifaschistische nachrichten Nr. 6

g 3336 24.3.2005 21. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Kameradschaften verboten

BERLIN. Innensenator Ehrhart Körting hat am 9. März drei neonazistische Kameradschaften verboten. Es handelt sich um die „Berliner Alternative Süd-Ost“, die „Kameradschaft Tor Berlin“ und deren „Mädelgruppe“, teilte die Innenverwaltung mit. Mehrere Hausdurchsuchungen in vier Berliner Bezirken beendeten dieses Kapittel der auf etwa 500 Mitglieder geschätzten Kameradschaftsszene. Beschlagnahmt wurden Computer, Mitgliederlisten, Kontounterlagen, Aufkleber und 532 Flugblätter. Die drei verbotenen Organisationen gelten als die aktivsten und auch aggressivsten der neonazistischen Kameradschaftsszene in der Hauptstadt.

Die Kameradschaft Tor (10-15 Mitglieder) wurde Sommer 2000 in Lichtenberg gegründet und soll unter anderem Plakate in Gedenken an den SA-Führer Horst Wessel geklebt haben. Ihren Namen bezog sie auf das Frankfurter Tor. Die bald darauf gegründete „Mädelgruppe Tor“ verstand sich in der Tradition des nazistischen „Bund deutscher Mädel (BdM)“. Die BASO (10-15 Mitglieder) wurde im Herbst 2003 gegründet und erregte insbesondere im Dezember 2004 den Unmut der Regierenden, als sie vor dem Haus des Polizeidirektors Michael Knape aufmarschieren wollte. Der Staatsschutz vermutet hier auch die Urheber der Morddrohungen gegen den Leiter der Direktion 6 (Lichtenberg, Treptow-Köpenick).

Innensenator Körting kündigte an, weitere Organisationsverbote zu prüfen und zielt mit der Ankündigung offensichtlich auf die „Nationalen Aktivisten Prenzlauer Berg“, der „Märkische Heimatschutz“ und die „Autonomen Nationalisten Berlin“, welche mit den verbotenen Gruppierungen zusammengearbeitet haben. *kun* ■

Inhalt:



Fotos: arbeiterfotografie



Neonazis streiten über Deutschtum

LÜBBENAU. In Brandenburg hat sich der NPD-Kreisverband Prignitz-Ruppiner, der als einer der aktivsten des Bundeslandes galt, faktisch aufgelöst. An dessen Stelle tritt die am 1. Februar 2004 ins Leben gerufene Bewegung Neue Ordnung (BNO).

Unter Führung der beiden ehemaligen Landesvorsitzenden Mario Schulz (NPD) und Jens Pakleppa (JN) trafen sich laut Verfassungsschutz 100 Rechtsextreme zur Gründungsversammlung in Vetschau. Für die Abspaltung soll die Nominierung des gebürtigen Bosniers und deutschen Staatsbürgers Safet Babic auf der Europawahlliste der NPD ausschlaggebend gewesen sein.

Bereits 1999 hatte sich der sächsische JN-Landesverband wegen Babic aus dem Bundesverband verabschiedet. Durch den Übertritt des NPD-Kreistagsabgeordneten in der Prignitz und den eines Stadtverordneten in Wittstock verfügt die BNO über zwei kommunale Mandate. Doch offenbar hat die NPD-Opposition Größeres im Sinn. Über die, in Stuttgart ansässige „Plattform Neue Ordnung“, die als Schwester und Dachverband der „Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft“ (BDVG) auftritt, sollen die verschiedenen Rechtsabspaltungen der NPD offenbar organisatorisch zusammengefasst werden. Weiterhin bestehen Kontakte zu dem norddeutschen Neonazi Christian Worch sowie zur Partei national orientierter Schweizer“ (PNOS).

Die BDVG/Neue Ordnung verfügte über regionale Schwerpunkte in Nordbaden und Sachsen und geht auf einen Streit innerhalb der Führungsstruktur der Jungen Nationaldemokraten Ende der 90er Jahre zurück. Auch hier war die Aufnahme des Bosniers Safat Babic in den NPD-Nachwuchs der Grund für den Konflikt. Ezer wollte den Beitritt Babics verhindern, da nach Paragraf 5 des JN-Statuts „nur Deutsche“ Mitglieder werden dürfen. Es gelte das „Konzept der Abstammung“, nicht das der Staatsbürgerschaft. Unter den JN-Abweichlern war damals auch der Landesvorsitzende in Baden-Württemberg, Lars Käppler.

Zwei Monate nach der verlorenen Abstimmung gründete Ezer (Bundesleiter) und Lars Käppler (Stellvertreter) dann die NPD-Abspaltung „Bildungswerk deutsche Volksgemeinschaft“. Die gefeuerten Vorsitzenden konten allerdings nur zu einen kleinen Teil die NPD-Mitglieder zum Austritt bewegen.

Ende 2000 wurde die Geschäftsstelle der 100 Mitglieder zählenden Organisation von Eschweiler nach Heilbronn verlegt. Achim Ezer ist inzwischen nicht mehr für die BDVG tätig. Um einem möglichen BDGV-Verbot den Wind aus den Segeln zu nehmen hat Lars Käppler kürzlich sein Amt niedergelegt. Käppler ist nach Erkenntnissen von Verfassungsschützern dabei, nach Rosenberg-Hohenberg bei Ellwangen umzuziehen. Dort hat der aus Österreich stammende Neonazi Andreas Thierry für etwa 45 000 Euro einen alten Gasthof ersteigert. Anwohner fürchten, dass dieser zu einem Zentrum der Neonaziszene ausgebaut wird.

Bis zur Vertreibung der BDVG aus Eschweiler bei Köln im Sommer 2000 fanden in den Örtlichkeiten regelmäßig Veranstaltungen statt. Diese sollen offensichtlich nun nach Ellwangen auf halber Strecke zwischen Stuttgart und Nürnberg verlagert werden. *kun* ■

Bracht verstorben

LEMGO/LIPPE. Kürzlich verstorben ist der 1927 im schlesischen Breslau geborene Prof. Dr. Hans Werner Bracht. Der Rechtswissenschaftler, der in Bielefeld und Lippe lehrte, war viele Jahr lang Präsident von „Western Goals Europe". Gegründet wurde „Western Goals" 1979 von dem konservativen Abgeordneten im US-Kongress, Lawrence P. McDonald, der damals zu den führenden Mitgliedern der „John Birch Society" in den USA gehörte.

Bracht, der auch enge Verbindungen zu diversen revanchistischen Organisationen pflegte, war Ende der 70er Jahre Mitgründer der „Deutschen Sozialen Union", deren Anhänger sich eine bundesweite Ausdehnung der CSU erhofften. Nebenher war er auch juristischer Berater des Geschichtsrevisionisten Udo Walendy, einem ehemaligen NPD-Funktionär. 1998 war Bracht Mitautor der „Festschrift für David Irving", die im Kieler „Arndt-Verlag" erschien. Zuletzt gab er noch im Jahr 2001 der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme" ein Interview. *hma* ■

Rechte Rocker

MANNHEIM. Die „Rheinwelle", eine ehemalige Fernfahrerkneipe ganz am Ende der Essener Straße im Rheinauhafen, „entwickelt sich mehr und mehr zur bundesweiten Anlaufstelle für Skinheads und Neonazis", berichtet der „Mannheimer Morgen" (15.3.05). Erneut hatte die Polizei dort Mitte März ein Konzert mit den Rechtsrock-Bands „Nordglanz" und „Linientroi" verhindert. Die Kneipe beheimatet heute das Clubhaus der Rockergruppe „Bandidos". *hma* ■

Skinhead-Treffen aufgeflogen

KOCHEL AM SEE. Aufgeflogen ist ein Treffen der Skinheadgruppe „Division Oberland" im bayerischen Kochel am See. Knapp 40 rechte Skinheads aus dem Kreis Weilheim, München, Dresden, Baden-Württemberg und der Schweiz hatten sich am 12. März in einem zum Vereinsheim umgebauten Kiosk am Bahnhof getroffen, um eine Rechtsrock-Band zu hören. Die Polizei stürmte das Gebäude und nahm den 26jährigen Penzberger Chef der Gruppe, die aus der früheren Kameradschaft „Oberland" hervorgegangen ist, wegen „Volksverhetzung" und „Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen" fest. Gegen weitere 10 Neonazis wurde Anzeige erstattet, weil sie u.a. Hemden der „Division Oberland" mit dem Totenkopf-Abzeichen der Waffen-SS trugen. Dekoriert war der Raum u.a. mit einer großen Hakenkreuzfahne, SS-Emblemen und einem Karabiner. Außerdem wurden Bierflaschen mit dem Konterfei von Adolf Hitler und Eva Braun gefunden. Der Vermieter des Gebäudes will der Gruppe nun fristlos kündigen. Die Polizei geht derzeit von rund 70 Neonazis im Landkreis aus. *hma* ■

Sächsische NPD wählte neuen Landesvorstand

WIESA. Am 5. März fand in Wiesa im (Landkreis Annaberg) der Landesparteitag der sächsischen NPD unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Der Termin des Parteitages war zuvor bereits zweimal verschoben worden. Der Landtagsabgeordnete Winfried Petzold, der bereits seit 1997 Vorsitzender des sächsischen Landesverbandes ist, wurde mit 52 Stimmen als Landesvorsitzender wiedergewählt. Als stellvertretende Vorsitzenden wurden die Landtagsabgeordneten Jürgen Schön und Holger Apfel bestätigt. Als dritten stellvertretenden Vorsitzenden wählten die Delegierten den Landtagsabgeordneten Mirko Schmidt, der bisher Beisitzer war. Weiterhin im Landesvorstand vertreten sind: Klaus Baier (MdL und Vorsitzender des NPD-Kreisverbandes Annaberg), Alexander Delle (MdL und Mitarbeiter im „Deutsche Stimme-Verlag"), René Despang (Vorsitzender des NPD-Kreisverbandes Dresden), Jürgen Gansel (MdL und Mitarbeiter im „Deutsche Stimme-Verlag") Jürgen Krumpholz (Vorsitzender des NPD-Kreisverbandes Görlitz), Kerstin Lorenz (bis 2004 Landesvorsitzende der REP, seit September 2004 NPD-Mitglied), Dr. Johannes Müller (MdL und Vorsitzender des NPD-Kreisverbandes Sächsische Schweiz), Marcus Müller (Vorsitzender des NPD-Kreisverbandes Muldental), Matthias Paul (MdL und bisheriger Pressesprecher im Landesvorstand), Frank Rohleder (ehemaliger stellvertr. REP-Bundesvorsitzender, Beisitzer im NPD-Bundesvorstand, Vorstandsmitglied des „Nationalen Bündnis Dresden e.V."), Thomas Schüßler (NPD-Kreisrat im Landkreis Chemnitzer Land). Neu in den Landesvorstand gewählt wurden Kerstin Lorenz, Marcus Müller, Frank Rohleder und Thomas Schüßler.

In der Partei macht der Verfassungsschutz „interne Streitigkeiten der sächsischen NPD" aus. Hintergrund hierfür sei ein schwelender Ost-Westkonflikt. Zudem sind die Kreisverbände darüber verärgert, dass sie vom Einzug der NPD in den Sächsischen Landtag bislang nicht finanziell profitieren. Kritisiert wurde auch der Antritt des saarländischen NPD-Funktionärs Peter Marx zur Oberbürgermeisterwahl in Leipzig. Das Gros der sächsischen NPD-Mitglieder ist über die offensichtliche Aussichtslosigkeit dieser Aktion und die daraus entstehenden Kosten für die Partei empört.

kun, nach PM des sächsischen Verfassungsschutzes vom 9.3.2005 ■

Keine Strafe für Tschechen wegen Neuauflage von „Mein Kampf"

PRAG. Das oberste Gericht der Tschechischen Republik hat am 9. März ein Urteil gegen einen Verleger aufgehoben, der 2000 eine tschechischsprachige Ausgabe von Adolf Hitlers Buch „Mein Kampf" veröffentlichte. Das Gericht gelangte nach Angaben einer Sprecherin zu der Auffassung, dass der Verleger Michal Zitko keine strafbare Handlung beabsichtigt habe. In erster Instanz wurde Zitko 2001 in Prag wegen Förderung des Nationalsozialismus zu drei Jahren Haft mit Bewährung und einer Geldstrafe von zwei Millionen tschechischen Kronen (rund 68.000 Euro) verurteilt.

Die nächsthöhere Instanz hob das Urteil wegen Verfahrensfehlern auf. Bei der Neuverhandlung 2002 wurde Zitko erneut schuldig gesprochen, die Haftstrafe aber auf 22 Monate reduziert. Zitko legte Beschwerde beim obersten Gericht ein, das ihm nunmehr stattgab. Bis dato sollen von dem Buch bereits 90.000 Exemplare verkauft worden sein. *kun* ■

NPD-Landtagskandidat verurteilt

AACHEN. Das Landgericht Aachen hat am heutigen Mittwoch ein Urteil wegen vorsätzlicher Körperverletzung, begangen an einen 13-Jährigen durch den nordrhein-westfälischen NPD-Landtagskandidaten Willibert Kunkel, bestätigt.

Das Gericht bestätigte zudem die am 12. November 2004 vom Amtsgericht Eschweiler gegen den 54-Jährigen verhängte Geldstrafe von 2 100 Euro. Beide Kammern sahen es trotz widersprüchlicher Zeugenaussagen als erwiesen an, dass der alkoholisierte NPD-Funktionär den Jungen im September 2003 vor seinem Wohnhaus nach einem teils ordinären Wortgefecht attackiert hatte. Dabei habe er den zur Tatzeit 13-Jährigen so rabiat an Hals und Nacken gepackt, dass dieser kurzfristig über Atembeschwerden und Schmerzen klagte. Kunkel hatte gegen das Urteil aus erster Instanz Berufung eingelegt. Der 54-Jährige kandidiert bei der NRW-Landtagswahl am 22. Mai an sechster Stelle der Reserveliste. Zudem ist er Ratsmann in Stolberg, Vorsitzender des NPD-Kreisverbandes Aachen, Beisitzer im NPD-Landesvorstand NRW und gehört dem Bundesvorstand der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) der NPD an. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. *mk, www.bnr.de* ■

Rechtsterrorist Mitarbeiter bei der NPD

DRESDEN. Der ehemalige Rechtsterrorist Peter Naumann ist Angaben der „Leipziger Volkszeitung“ zufolge als Mitarbeiter des sächsischen NPD-Landtagsabgeordneten Klaus-Jürgen Menzel in dessen Wahlkreis tätig.

Im Oktober 1988 war Naumann vom Oberlandesgericht Frankfurt wegen Herbeiführung beziehungsweise der Verabredung zu Strengstoffanschlägen, der versuchten Gründung einer terroristischen Vereinigung sowie des Verstoßes gegen das Waffen- und Sprengstoffgesetz zu einer Freiheitsstrafe von vier Jahren und sechs Monaten verurteilt worden. 1987 war Naumann, einst stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungen Nationaldemokraten, aus der NPD ausgeschlossen worden. Im August 1995 sorgte Naumann für bundesweites Aufsehen, als er seine seit etwa 17 Jahren in 10 Erddepots gelagerten Bestände an Sprengmitteln und Waffen den deutschen Behörden übergab; darunter 50 Kilogramm Sprengstoff, Blendgranaten, Handgranaten, ein Sturmgewehr, Zündmittel und diverse Sprengzünder.

Heute ist Naumann einer der gefragtesten Referenten im neonazistischen Lager. Menzel, bis Anfang März sächsisches NPD-Landesvorstandsmitglied, hatte im Januar in einem Interview die Ansicht vertreten, dass die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland nach Westen und Osten verschoben werden müssten. Er forderte ein Deutschland, „das im Westen an der Maas beginnt und im Osten an der Memel endet.“ *am* ■

Junge Freiheit: Interviews, um sich ins Gespräch zu bringen

In den letzten Wochen und Monaten gelang es der Jungen Freiheit wiederholt, sich durch ihre Interviews ins Gespräch zu bringen. So gaben u.a. der Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Soziologie und einige prominente Sozialdemokraten (Peter Glotz, Egon Bahr und Friedhelm Farthmann und soeben ein Berliner Bezirksbürgermeister) der JF Interviews. Am meisten Aufsehen erregte das Gespräch mit Rolf Hochhuth wegen seiner Äußerungen zum Holocaustleugner David Irving. Hochhuth ruderte später zurück und sagte u.a., er habe die Zeitung vorher nicht gekannt. Das ist recht merkwürdig, denn schon im Oktober 2000 gab er der JF ein Interview, was allerdings m.W. in den zahllosen Artikeln zum Thema nicht bemerkt wurde.

Zur Funktion der JF-Interviews, über die sich die meisten Feuilleton-Artikel recht schlecht informiert zeigen, steht nun auf der Startseite des Unrast-Verlags ein Auszug aus unserem Buch „Nation statt Demokratie. Sein und Design der ‚Jungen Freiheit‘“ (Münster: Unrast 2. Aufl. 2004) im Netz (das ältere Hochhuth-Interview ist dort auch erwähnt).

http://unrast-verlag.de/unrast,3,0,214.html

Alfred Schobert ■

Mahngang wider das Vergessen

Im Vorfeld des 60. Jahrestages der Selbstbefreiung des KZ Buchenwald findet ein Gedenkmarsch für die Opfer des Konzentrationslagers Buchenwald statt und zwar vom 7. April 2005 bis zum 10. April 2005. Er endet mit der Teilnahme an der Gedenkkundgebung am 10.4. in Buchenwald

Donnerstag 7.4.05:
Auftakt-Abendveranstaltung im Jugendclub (Setze) in Arnstadt, ca. 18.00 Uhr: Zeitzeugengespräch mit einem Überlebenden des KZ Auschwitz

Freitag 8.4.05:
Frühstück in der P20, danach gehts mit dem Shuttle nach Ohrdruf
Start des Mahngangs zu folgenden Stationen:
ca. 9.00 Uhr: Auftaktkundgebung in Ohrdruf, Stele
ca. 11.00 Uhr: Crawinkel, Stele
ca. 13.00 Uhr: Arnstadt, Stele Jonastal
ca. 15.30 Uhr: Arnstadt, Stele Wachsenburgerallee
ca. 16.00 Uhr: Arnstadt, Stele Südbahnhof
ca. 18.00 Uhr: Stadtilm, Stele
ca. 20.00 Uhr: Filmabend in der P20: „Nackt unter Wölfen“



Übernachtung in der P20, ausreichend Schlafplätze vorhanden

Samstag 9.4.05:
Frühstück in der P20 , danach gehts mit dem Shuttle nach Dienstedt
Stationen:
9.00 Uhr: Auftaktkundgebung in Dienstedt, Stele
11.00 Uhr: Kranichfeld, Stele
15.30 Uhr: Bad Berka
ca. 19.00 Uhr: Zeitzeugengespräch mit einem Überlebenden des Todesmarsches in Weimar
Übernachtung in Weimar, ausreichend Schlafplätze vorhanden

Sonntag 10.4.05:
Stationen:
10.00 Uhr: Weimar, Stele Ettersburger Straße
15.00 Uhr: Gedenkstätte Buchenwald
Wer die Nutzung eines Schlafplatzes wahrnehmen will, melde sich bitte bis 1. April bei uns, Infos über www.keinvergessen.de

Antrag von „pro Köln“ abgewatscht

KÖLN. Zum 60. Jahrestag der Befreiung des KZ Auschwitz hatte die Bezirksvertretung Köln-Nippes Volker Adam vom Vorstand der VVN- BdA eingeladen vor der Sitzung zu diesem Thema zu sprechen. Die Rede fand bei Bezirksvertretern und Publikum großen Zuspruch. Lediglich dem Vertreter von „pro Köln“, Manfred Rouhs, war die Rede ein Dorn im Auge.

Rouhs hat in der darauffolgenden Sitzung einen unsachlichen und diffamierenden Antrag gestellt. Adams Rede sollte im Nachhinein von der Bezirksvertretung missbilligt werden, da es sich bei Volker Adam um einen Linksextremisten handele und die VVN vom Verfassungsschutz beobachtet würde. Dieser unverschämte Antrag wurde für Rouhs und seine Gefolgschaft zum Bumerang. Der SPD-Fraktionsvorsitzende in der Bezirksvertretung Nippes (Horst Baumann) äußerte sich eindeutig zu der Behauptung des Antragstellers, bei Adam würde es sich um einen Linksextremisten handeln: „Schon vor dreißig Jahren haben Adam und ich gemeinsam und mit friedlichen Mitteln für mehr Demokratie gekämpft.“

Auch der CDU Fraktionschef Möbius las Rouhs die Leviten: „Wir werden uns in Nippes von Ihnen nicht vorschreiben lassen, wer hier spricht und wer hier nicht spricht!“ Da Rouhs in seinem Antrag mit dem Verfassungsschutz argumentierte, konterte die Grüne Fraktion mit Textpassagen des Verfassungsschutzberichtes, in welchen die Verbindungen des Antragstellers zur rechtsradikalen Szene beschrieben sind. Weisenstein (PDS) konzentrierte sich in seinem Redebeitrag auf die VVN/BdA: „Selbstverständlich waren auch Kommunisten Mitbegründer der VVN im Jahre 1947. Sie waren vom Naziregime verfolgt worden, wie andere Mitbegründer des Verbandes auch: Sozialdemokraten, Mitglieder der früheren Zentrumspartei, engagierte Christen“. Weiterhin wies der PDS-Vertreter auf die seit Jahren gute Zusammenarbeit des VVN/BdA mit den demokratischen Parteien und dem stadtnahen NS-Dokumentationszentrum hin. Den Redebeiträgen entsprechend, wurde der Antrag von „pro Köln“ von allen demokratischen Vertretern abgelehnt.

MW ■

24. März 2005: 60. Jahrestag des Todesmarsches der KZ-Häftlinge aus den Frankfurter Adlerwerken nach Buchenwald

FRANKFURT. Am 23. März 1945, fünf Tage vor der Befreiung Frankfurts, gibt die SS den Befehl, das KZ in den Adlerwerken zu räumen. Am 24. März treibt die Lager-SS die Häftlinge aus der Stadt Richtung Osten. Kurz hinter Fechenheim beginnt sie, Marschunfähige und Kranke zu erschießen. 350 ausgehungerte und völlig entkräftete Häftlinge mussten nachts unter dem Terror der SS Richtung Weimar laufen – das Ziel war Buchenwald. Nach fünf mörderischen Nachtmärschen erreichten 280 Häftlinge Hünfeld in Hessen und wurden von dort in Güterwaggons in das KZ Buchenwald transportiert. Die meisten Häftlinge mussten in weiteren Todesmärschen nach Dachau laufen – nur etwa 40 Häftlinge aus den Adlerwerken kamen am 27. April 1947 dort an und wurden zwei Tage später von der US-Army befreit.

Am Donnerstag, 24. März 2005 wollen wir an den Todesmarsch erinnern. Schon am Tag vorher werden wir einen Teil der Marschroute mit Plakaten kennzeichnen. Am Donnerstag werden wir an verschiedenen Punkten kleine Aktionen bzw. Kundgebungen machen und Flugblätter verteilen. Außerdem werden wir dort Umrisse von Menschen auf die Straße malen, die die Ermordeten symbolisieren sollen. Die Stationen:

- Galluswarte, 12 Uhr
- Hauptbahnhof (Vorplatz), 13 Uhr
- Willy-Brandt-Platz, 14 Uhr
- Paulskirche, 14.30 Uhr
- Pfortenstr./Alt Fechenheim, 15.30 Uhr
- Dörnigheim, vor dem Frankfurter Hof, 16.45 Uhr
- Hanau: Freiheitsplatz/am Schwanenbrunnen

Wir laden alle Interessierten ein, an die oben genannten Orte zu kommen. Mehr Informationen unter:
www.kz-adlerwerke.frankfurt.org.

Dubiose Unterschriftenaktion der NPD im NRW- Landtagswahlkampf

Wie der Speigel und etliche Tageszeitungen berichteten, wirbt die NPD im nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf mit dubiosen Methoden um Unterschriften für Wahlkreiskandidaten. Um für die Direktwahl zugelassen zu werden, müssen pro Bewerber mindestens 100 Wahlberechtigte auf entsprechenden Unterstützungsformularen unterschreiben. Dazu setzt die NPD offenbar Drückerkolonnen ein, die in geeignet erscheinenden Stadtteilen systematisch von Haus zu Haus gehen. Dabei werden die potentiellen Unterzeichner anscheinend nicht immer zutreffend und umfassend informiert. Der zuständigen Landeswahlleiterin Helga Block liegen Hinweise vor, nach denen NPD-Werber eine politische Umfrage vortäuschten, um an Unterschriften zu kommen. Nach Auskunft Blocks läge darin eine „Irreführung von Wählern“, die sogar strafrechtliche Konsequenzen haben könnte.

Im Wahlkreis Herne-Bochum II, wo offenbar Parteichef Voigt antreten soll, wurde Werbern nach SPIEGEL-Informationen nahe gelegt, explizit um Unterstützung für einen „Einzelkandidaten“ zu ersuchen, und auf Fragen nach der Parteizugehörigkeit das Kürzel „NPD“ möglichst zu vermeiden. Selbst einige der Werber wurden mit faulen Tricks angeheuert. So suchte die Münchner „H & B Agentur für Eventmarketing und Wahlwerbung“ in Süddeutschland per Aushang Studenten für eine „umfrageähnliche Tätigkeit, ca. 14 Tage“. Erst nach Ankunft in Nordrhein-Westfalen wurde den Studenten eröffnet, dass sie – jedenfalls zunächst – nur für die NPD Unterschriften sammeln sollten. Ähnliche Aktionen gab es nach Erkenntnissen von Verfassungsschützern auch schon in Sachsen. H & B lehnte eine Stellungnahme ab. *Quelle: Spiegel 10/2005* ■

Faschismus ist keine Meinung sondern ein Verbrechen!

Kein Naziaufmarsch am 2. April 2005 in München!

Am 2. April 2005 planen alte und neue Nazis erneut einen Propagandamarsch durch München, der in ein Open-Air-Konzert auf der Theresienwiese münden soll. Unter dem Motto „Nur ein Esel glaubt noch an einen Sozialstaat in der BRD“ hat der Anführer der Kameradschaft München und NPD-Mitglied Norman Bordin diese Demonstration angemeldet. Angekündigt sind Redner aus dem Spektrum der “Freien Kameradschaften/Freie Nationalisten” aus dem gesamten Bundesgebiet.

„Es ist legitim, ja legal, sich den Totengräbern der Demokratie entgegenzustellen.“ *

(Zitat Martin Löwenberg)*

Wir werden nicht dulden, dass 60 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz und dem Ende des 2. Weltkriegs in München unverhohlen mörderische NS-Propaganda betrieben wird, gegen Flüchtlinge und MigrantInnen gehetzt und die Erinnerung an die Opfer der Vernichtungspolitik Nazideutschlands mit Stiefeln getreten wird.

Das Thema der Demonstration „Sozialstaat“ stellt einen weiteren Versuch der Neonazis dar, sich antikapitalistisch und globalisierungskritisch gerierend an die Proteste gegen die sogenannten Sozial- und Arbeitsmarktreformen (Agenda 2010/Hartz IV) anzudocken. Doch auch wenn Sprache, Outfit und Aktionsformen moderner geworden sind: Hinter der Sozialabbaukritik von Rechts steht die immer gleiche völkisch-rassistische Ideologie von Volksgemeinschaft, Nationalismus und Antisemitismus.

Der Skandal von 1997 darf sich nicht wiederholen, als über 5.000 Nazis unter Polizeischutz durch München marschierten. Nur die konsequente Haltung der 15.000 Münchnerinnen und Münchner, die damals stundenlang den Marienplatz besetzt hielten und schließlich die Nazis im Tal gestoppt haben, verhinderte, dass diese ihr Ziel erreichten. Auch weitere Versuche der NPD, in München aufzutreten sind an der Wachsamkeit und Präsenz der Münchner Bevölkerung mehrmals gescheitert: So ihre Propagandaveranstaltung am 30. September 2000 auf dem Marienplatz und die geplante Großkundgebung am 25. November 2000 auf dem Maria-Hilf-Platz, die wegen der angekündigten Gegendemonstrationen kurzfristig von der NPD abgesagt wurde. Damit wurden klare Zeichen gesetzt.

Wir können uns nicht darauf verlassen, dass die Stadt oder der Staat den Nazis den Ton abdrehen. Wir müssen schon selber auf die Straße gehen und unüberhörbar klar machen:

Wir werden auch den Nazi-Aufmarsch am 2. April 2005 nicht hinnehmen! Wir rufen alle Münchnerinnen und Münchner auf, den Faschisten kreativ und entschlossen entgegenzutreten. Wo immer die Nazis aufmarschieren – wir werden präsent sein. Stoppen wir gemeinsam den braunen Spuk.

2.4.2005 um 10 Uhr Kundgebung auf dem Marienplatz

Im Anschluss daran Proteste entlang der Route des Nazi-Aufmarsches. Angemeldete Plätze: Stachus, Sendlinger-Tor-Platz, Goetheplatz, Esperantoplatz

„Nie wieder Faschismus“ ist kein Lippenbekenntnis, sondern Ansporn und Anlass zum aktiven Handeln!

Der Aufruf wird unterstützt von einem breiten Bündnis von Organisationen und Einzelpersonen

email: KeinKrieg@aol.com ■

Begegnungs- und Erzählcafé für NS-Verfolgte eröffnet

KÖLN. Über 100 Menschen kamen zur Eröffnung eines Begegnungs- und Erzählcafés für NS-Verfolgte, das jetzt alle vierzehn Tage in der Seniorenresidenz am Dom stattfinden wird. Der Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte hat das Café initiiert und der rege Zuspruch bei der Eröffnung lässt hoffen, dass dies ein Treffpunkt für die noch lebenden NS-Verfolgten in Köln und Umgebung wird, an dem sie sich austauschen können und über den sicher auch die eine oder andere Hilfe für ihren Alltag organisiert werden kann.

NS-Verfolgte scheuen häufig den Kontakt mit den Angehörigen ihrer Generation, der Tätergeneration. Aber auch professionellen Helfern gegenüber sind sie in der Regel misstrauisch und zurückhaltend. Sie berichten manchmal von schlechten Erfahrungen, die sie mit Mitmenschen gemacht haben, wenn sie ihr Verfolgungsschicksal offenbart haben. Diese alten Menschen haben es auch besonders schwer, Hilfe anzunehmen. Sie haben oft nur überlebt, weil sie außergewöhnlich stark waren.

Daher schweigen sie über eine Erfahrung ihres Lebens, die besonders bei zunehmendem Alter und wachsender Einsamkeit an Bedeutung gewinnt. Die Verdrängungsleistung lässt nach, die Kompensationsmöglichkeiten werden weniger, auch weil die Mobilität häufig stark eingeschränkt ist.

In anderen Ländern sind mit der Einrichtung von begegnungscafés gute Erfahrungen gemacht worden. Bereits in den 60er Jahren wurde in Oslo eine Begegnungsmöglichkeit für Holocaustüberlebende eingerichtet. Auch in Brüssel existiert ein solcher regelmäßiger Treffpunkt. Die Wiener Einrichtung ESRA in der Jüdischen Kultusgemeinde Wien unterhält seit über 10 Jahren ein Café für Holocaust-Überlebende. Bei den genannten Beispielen sind die Besucher allerdings ausschließ-lich jüdische NS-Verfolgte.

Wir dokumentieren leicht gekürzt die Rede von Helga Blümel, die auf der Eröffnungsveranstaltung für die Wohlfahrtsverbände sprach.

„Meine Damen und Herren !

... Als Vertreterin der Wohlfahrtsverbände beglückwünsche ich Sie zu der Idee, dieses Erzähl- und Begegnungscafé zu eröffnen. Hier können Sie miteinander die Geschichte zurecht rücken: Wahr von Falsch unterscheiden, das Falsche, das Schreckliche benennen; das, was Wunden bis heute hinterlassen hat. Sie können hier anprangernd aussprechen, wo andere am Werk sind und Geschichte nach Ihrem Gusto zurecht rücken.

Ich wünsche Ihnen, das dieses Café die Grundplattform bietet, von der aus Sie Ihre eigenen Belange aus Ihrer eigenen Sicht in weitere Bahnen lenken können, so, wie Sie sie brauchen für ein glückliches Alter.

Ich hoffe, dass Sie über dieses Café auch Anlaufstelle für Interessierte von außen sein können. Ich selbst habe jahrelang mit Jugendlichen gearbeitet – viel im Rahmen des Mahnens und Gedenkens an die NS-Zeit. Ich weiß, wie wichtig für die nachfolgenden Generationen Zeitzeugen sind. Sie helfen aufzudecken, wo Geschichte berichtigt worden ist und werden soll.

Ich hoffe, dass Sie noch Freude daran haben, Zeitzeuge zu sein für Jüngere, die noch viele Fragen an eine für sie weit zurückliegende deutsche und internationale Geschichte stellen und nach Antworten suchen. Vielleicht finden sie sie, im Dialog mit Ihnen. Es sind sicher Gespräche, die Zeugnis geben.

Aus der vielfältigen Arbeit mit Jungen und Alten weiß ich, dass das allerwichtigste, das es zu vermitteln gilt, das Gefühl für Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit ist, die Menschen widerfährt. Kopf, Gehirn, Bauch und Gefühl spüren das gemeinsam am besten. Und da sind es manchmal nicht nur die Worte, sondern auch die Lieder und Bilder, in denen diese Sinne zusammen kommen.

Ich wünsche Ihnen von Herzen auch Ihre eigenen Lieder und Bilder. Singen Sie ruhig zusammen, packen Sie alte Fotos aus und erzählen Sie darüber, gucken Sie alte Filme und erinnern sich und erzählen von den Erinnerungen. Und laden Sie, wenn Sie wollen, Jüngere dazu ein. Nochmal mit Erich Fried: „Lassen Sie sich – heute wie damals – nicht entmutigen vom schlechten Wirklichen“.

Und dadurch, dass Sie sich hier gemeinsam eine Stimme geben, kratzen Sie die glatten Korrekturen der berichtigten Fassung der Geschichte an, die eine unkritische Öffentlichkeit bereits vorgenommen hat.“



„NS-Verfolgte haben eines gemeinsam – sie haben immer Angst, auf irgendwelche alte Nazis zu treffen. Wenn sie wildfremden Menschen begegnen, die gleichaltrig sind, ist immer dieses Misstrauen vorhanden.“ so Regina Suderland, Vorsitzende des Bundesverbandes Information und Beratung für NS-Verfolgte in ihrer Eröffnungsrede.

Der Engel der Geschichte

Es ist nicht wahr
daß Gechichte
gefälscht wird
Sie hat sich großenteils
wirklich
falsch
zugetragen
Ich kann das selbst bezeugen:
Ich war dabei

Doch leicht begreiflich
daß jetzt
die verschiedenen Seiten
verbesserte Fassungen
nachliefern
die das Geschehene
nicht
so sehr berichten
wie berichtigen wollen

Weil sie erkennen:
wir dürfen uns nie
und nimmer
entmutigen lassen
vom schlechten
Wirklichen

Erich Fried

Das Café findet jetzt alle 14 Tage Donnerstags von 15 bis 18 Uhr statt, Köln, Seniorenresidenz am Dom, An den Dominikanern 6-8. Alle acht Wochen wird das Begegnungscafe zum Erzählcafé. Die Termine dafür in diesem Jahr sind der 21. April, der 16. Juni, der 8. September und der 3. November.

Mehr Informationen gibt es über den über Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte e.V., Sonja Schlegel, Tel. 0221-17 92 94-13, Fax 0221-17 92 94-29, Schlegel@nsberatung.de. Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft, Bankleitzahl: 370 205 00, Kontonummer: 70 73 100.

Rechtsextreme Hochburg oder „nur" konservative Steigbügelhalter?

Bündnis gegen Rechts ist dringend nötig

HEILBRONN. Nicht erst seit der Gründung des „Nationalen Bündnis Heilbronn" wird in den Leserbrief- und Kommentarspalten der Heilbronner Stimme (HSt) eine heftige Auseinandersetzung um neonazistische und rechte Positionen geführt. Während am 21.1.05 ein Artikel „Neonazi Käppler ist gefährlich" zu den Umtrieben von Lars Käppler erschien, folgte zehn Tage später ein Leserbrief des ehemaligen REP-Mitglieds Alfred Heckel. Dem Geiste seiner Leserbriefe nach zu urteilen, ist er damals aus Dagenbachs Truppe nach rechts ausgetreten: Nicht Lars Käppler sei gefährlich, sondern „unsere führenden Politiker, die unser Volk mit … einer einmaligen inländerfeindlichen Politik seit Jahren an der Nase herumführen. … Es werden immer weniger Leute, die das Märchen von den bösen Faschisten glauben". Dieser Leserbrief blieb nicht unwidersprochen. Björn Ehinger (Juso) widersprach und kritisierte, dass die HSt solchen Positionen ein Forum bietet. Er erhielt ebenso wie Thomas Bohlmann (SPD) einen anonymen Brief mit der Drohung „Rotfront verrecke".

Während die HSt am 15.2. den Innenminister Rech interviewt – „seit Sachsen keine Zunahme von brauner Gewalt in BaWü" –, muss sie bereits zwei Tage später über die Drohbriefe und Ermittlungen der Polizei im „rechten Lager" berichten.

Chefredakteur Wolfgang Bok landet dagegen am 11.2. einen seiner gefürchteten Rundumschläge gegen die „politische Linke, die fortwährend Konservative als geistige Wegbereiter brauner Extremisten verunglimpfte. Die selbst ernannten Antifaschisten verwechseln Aufklärung all zu leicht mit billiger Agitation." Bok erinnert mit dieser Ausführung an den bellenden Hund, der getroffen wurde. Schließlich kennt er sich aus mit billiger Agitation, spätestens seit er vor einigen Jahren vom deutschen Presserat eine Rüge erteilt bekam, weil er im Zusammenhang mit Kindergeldzahlungen an türkische Familien von „Wurfprämie" sprach bzw. in seiner Kommentarspalte schrieb.



In denselben Randnotizen (so lautet seine wöchentliche Kommentarspalte) am 11.2. empört sich Bok über „naive Multikulti-Folklore, und wirre Zuwanderungsideologie". Mit „ideologischer Brille" kritisiert er, dass ehemaligen NSDAP-Mitglieder unter Außenminister Fischer „selbst dann (der amtliche Nachruf) verweigert wird, wenn sie für die Bundesrepublik Jahrzehnte lang als Botschafter tätig waren. Bei ehemaligen Kommunisten verfährt Fischer großzügig: Alte Weggefährten aus Straßenkämpferzeiten zählen zu des Außenministers engstem Beraterkreis."

Ein ausführlicher Bericht in den Tagesthemen am 16.2. über Rechtsextremismus in Heilbronn, hat weitere heftige Reaktionen ausgelöst. In dem sachlichen Fernsehbeitrag wurde von der Neugründung des „Nationalen Bündnis Heilbronn" berichtet u.a. in einem informativen Interview mit dem DGB-Vorsitzenden Bernhard Löffler. Unter der Überschrift: „Wie Heilbronn in den Geruch einer rechtsextremen Hochburg gerät" schrieb der für den Stadtkreis Heilbronn und Wirtschaft Regional verantwortliche Redakteur Gert Kempf. In dem Artikel werden sowohl die REPs, wie auch das „Nationale Bündnis Heilbronn" verharmlost. „Nach eigenen Angaben gehören ihm gerade mal 40 Mitglieder an", schreibt Kempf zu diesem Bündnis. Dem DGB-Vorsitzenden Bernhard Löffler wird zwischen den Zeilen „Nestbeschmutzung" vorgeworfen. Meinungsmacher Bok setzt dem am folgenden Tag noch eine „Randnotiz" drauf:

„Mit dürren, eher diffusen Belegen wird die Stadt in braune Tunke gedrückt – und der DGB-Vorsitzende gibt sich dafür als Kronzeuge her. Ist Bernhard Löffler wirklich so naiv, dass er die Außenwirkung seiner Worte nicht bedenkt? Ihm und dem für den regionalen Beitrag verantwortlichen Landessender SWR möchte man zurufen: Danke für die tolle Imagewerbung!"

Heilbronn, braune Hochburg oder „nur" öffentlich präsentiert von einem konservativen Steigbügelhalter?

Es ist eine Tatsache,

- dass dem neunköpfigen Landesvorstand der NPD Baden-Württemberg vier Leute aus Heilbronn angehören.
- dass in Heilbronn das einzige Nationale Bündnis außerhalb Sachsens existiert.
- dass in Heilbronn die Republikaner seit 1989 in Fraktionsstärke im Gemeinderat vertreten sind,
- dass in Heilbronn aufrechte Demokraten, die Leserbriefe gegen Nazis schreiben, Drohbriefe und Drohanrufe erhalten.

Mit einem großen Leitartikel „Immun gegen Radikale" versucht Bok am 19.2.05 von den obigen Tatsachen abzulenken und den Versuch einer politischen Frontbildung gegen die Faschisten zu hintertreiben. Mit einer plumpen und demagogischen Gleichsetzung von NPD und PDS will er den Extremismusbegriff neu beleben. Stoiber von der CSU könnte dazu die Vorlage geschrieben haben.

Nicht erst die letzten zwei bis drei Monate haben auch in Heilbronn und Umgebung gezeigt, dass ein breites „Bündnis gegen Rechts" nicht nur nötig, sondern auch möglich sein sollte. *jom* ■

haGalil muss weitergehen!

haGalil onLine ist wohl der größte deutschsprachige jüdische Internetdienst weltweit. Neben täglich aktuellen Nachrichten aus Deutschland, Österreich, der Schweiz, aus Europa, Israel und Nahost bietet die Seite eine aktive Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Seit Jahresbeginn lehnt das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend eine weitere Förderung des Projektes ab. Als Grund wird hier ein – durchaus nicht unüblicher – Trägerwechsel von haGalil onLine bemüht. Dabei zählt haGalil onLine zu den wenigen Projekten, die seit Jahren kontinuierlich und erfolgreich arbeiten. Davon zeugen nicht zuletzt die zahlreichen Besuche auf den von haGalil betreuten Internetseiten.

Das Bildungsangebot von haGalil onLine wird nicht nur von Lehrerinnen und Lehrern, Schülerinnen und Schülern genutzt. Auch Journalistinnen und Journalisten finden hier zahlreiche Möglichkeiten der Recherche. haGalil onLine bietet Informationen zu jüdischem Leben, zu Religion, Geschichte und Kultur. Und nicht zuletzt ist es durch die Präsenz von haGalil onLine gelungen, die braune Flut im Internet einzudämmen.

Bitte unterstützen Sie mit Ihrer Unterschrift den Offenen Brief an die Bundesfamilienministerin und an den Bundeskanzler!

haGalil muss weitergehen! Der Offene Brief kann bei hagalil unterzeichnet wqerden: **www.hagalil.com**

Alle einig gegen Rechts?

von Wolfgang Dreßen

Referat auf der Tagung der Antifaschistischen Nachrichten am 19. Februar in Köln

In fast regelmäßigen Abständen erwerben sich Neonazis allgemeine Aufmerksamkeit. Plötzlich überschlagen sich die Medien und etablierten Politiker in ihrer Besorgtheit. Es scheint kein anderes Thema mehr zu geben. Alle wollen beweisen, wie gut demokratisch sie sind und wie hervorragend sie die deutsche Vergangenheit bewältigt haben. Bei genauerem Hinsehen wird ein Grund erkennbar: das Ansehen im Ausland, die guten wirtschaftlichen und politischen Beziehungen sollen nicht gefährdet werden, wenn der sowieso schon vorhandene Neonazismus unangenehm sichtbar wird. Deutlich sagt ein Chef der Arbeitgeberverbände, dass die Wirtschaft und ihre Interessen im Vordergrund stehen. Ihn beunruhigten, so klagte er, grundsätzlich die Wahlerfolge der NPD weniger als die Wahlerfolge der PDS. Allerdings: Unangenehme Fragen aus dem Ausland bleiben auch für ihn unerwünscht.

Trotz der Begeisterung für die Rede Martin Walsers: Die deutsche Vergangenheit muss also doch immer noch bewältigt werden. Wie erreicht man aber eine Vergangenheitsbewältigung, die aber keine unerwünschten Fragen an die Gegenwart stellt, die ökonomie- und politikkompatibel bleibt? Eine schwierige Gratwanderung, bei der Neonazis stören könnten.

Helfen könnte eine reduzierte Sicht, sowohl auf die deutsche Vergangenheit wie auf die Neonazis.

Auschwitz wird zum unverstehbaren Bösen an sich erklärt, zu einer gleichsam anthropologischen Konstante des Bösen, dem am besten durch Sozialisierung zum fleißigen Arbeiter, neuerdings zum funktionierenden Marktsubjekt zu begegnen sei. Spätestens nach fünf Minuten taucht deshalb in jedem Fernsehfilm der sattsam bekannte SA Mann auf, mit dessen unordentlichem Verhalten nun wirklich kein Fernsehzuschauer etwas zu tun hat. Beliebt sind Schilderungen von NS-Sadisten, weil sie die „dunklen Jahre“ so fern rücken, dass sie gar nicht mehr bewältigt werden müssen. Dies wiederholt sich bei der Schilderung von Neonazis: Springerstiefel, Glatzen, lauter unerzogene Menschen, die gar nicht in unsere Gesellschaft gehören. Leicht lassen sich deshalb Forderungen nach mehr Kontrolle, Verboten, mehr Erziehung stellen. Die extremistischen Leistungsverweiger sind die Gefahr. Unsere Gesellschaft muss nur ihre Vergangenheits- und Gegenwartsränder in den Griff bekommen, damit der Markt endlich frei macht.

Es geht bei diesen Bewältigungsstrategien nie um uns selbst, immer um andere. Nicht zuletzt deshalb können diese „Anderen“ auch leicht durch „islamistische Terroristen“ ersetzt werden. Wie die Neonazis heute, so waren auch die Nazis „Andere“. Deshalb müssen eben auch die deutschen Opfer betrauert werden: Auch wir haben unter dem NS gelitten, wie wir jetzt gegen die Neonazis zusammenstehen.

Dieser Verdrängungszusammenhang macht es so schwierig, darüber zu diskutieren, was jetzt, angesichts der Wahlerfolge der NPD, zu tun sei. Denn es geht doch vor allem um uns selbst, um unsere Vergangenheit und unsere Gegenwart. Die propagierte Sicht auf Vergangenheit und Gegenwart des Nazismus stellt diese aber bereits außerhalb unseres gesellschaftlichen Zusammenhangs.

Kampf um die Erhöhung der Mehrwertrate nimmt darauf keine Rücksicht mehr. Ein nationaler Sozial-Staat gehört erst recht in die historische Rumpelkammer. Er war verbunden mit den bisherigen Regulationsmodellen, angefangen mit den Bismarckschen Sozialgesetzen bis zur nazistischen Volksgemeinschaft.

Anders als in anderen Ländern wird dabei aber in Deutschland der bisherige ideologische Grundkonsens in Frage gestellt. Hier baute die Wirtschaft den Staat auf, die Wirtschaft sicherte über den 8. Mai hinaus die Kontinuität, an die staatlich erst 1949 angeknüpft werden konnte.



Die „herrschende“ Politik steckt in einer tiefen Legitimationskrise, die sie unglaubwürdig macht. Die bisherigen kapitalistischen Regulationsmodelle basierten ideologisch auf Nationalismus, er entsprach ökonomischen Interessen. Jetzt muss unser lieber Bundeskanzler im Stil der NPD. der Deutschen Bank vorhalten, das Wort „deutsch“ stünde ihr nicht mehr zu, weil sie nur an Profit und nicht an Arbeitsplätze denke. Aber an was soll eine Bank denn sonst interessiert sein als an Profit? Und dieser Profit wird inzwischen globalisiert erwirtschaftet: „Made by Daimler-Chrysler“, nicht mehr „Made in Germany“.

Opel gehörte schon seit den 20er Jahren zu General Motors, aber das Geschäft blieb national orientiert, Opel produzierte deutsche Rüstungsgüter. Jetzt konkurrieren die einzelnen Betriebs-Standorte weltweit gegeneinander, um ein für den Gesamtkonzern, d.h. für die Aktionäre, günstigeres Lohn-Leistungsverhältnis herauszuwirtschaften. Bisherige Kriege konnten noch nationalistisch vermarktet werden, der gegenwärtige weltweite

Und die Kontinuität der Volksgemeinschaft wurde ebenfalls ökonomisch abgesichert, durch den „Sozial-Staat“. Erst auf dieser Kontinuitätsbasis konnte die Vergangenheit selektiv „aufgearbeitet“ werden, wie es hieß.

Man hatte innerhalb der Prosperitätsphase die Vergangenheit „bewältigt“, wie es ebenfalls hieß, weil die Basis der Volksgemeinschaft verdrängt wurde: Die durch Vernichtungskriege, Zwangsarbeit und Judenverwertung garantierte Konsumgemeinschaft, die nur durch die böse „Rote Armee“ und die „alliierten Terrorangriffe“ gestört wurde. Solange der Sozial-Staat hielt, blieb die Volksgemeinschaft ruhig.

Das hat sich alles geändert. Der ökonomische Grundkonsens wird ökonomisch und in der Folge auch politisch aufgekündigt. Die Vergangenheit kehrt deshalb wieder: Die Deutschen sind die Opfer, der Terror kommt wieder von den kapitalistischen Angelsachsen. Und langsam traut man sich auch wieder die wahren Feinde zu benennen, die Juden.

→

Brutaler Nazi-Überfall auf antifaschistische Jugendliche

Bad Homburg. Am späten Abend des 18. März wurden in der Nähe des Homburger Hauptbahnhofs zwei jugendliche Antifaschisten von einer sechsköpfigen Gruppe junger Neonazis überfallen. Mit den Worten „Dies ist mein Land! Hier habe ich das Recht!“ wurde mit Fäusten und einem Teleskopschlagstock auf einen Jugendlichen eingeprügelt, während eine junge Frau dazu gezwungen wurde ihr T-Shirt mit der Aufschrift „Gegen Nazis“ auszuziehen. Das T-Shirt wurde verbrannt. Der junge Mann musste mit zahlreichen Verletzungen in Gesicht, an Armen und Beinen im Krankenhaus mehrere Stunden behandelt werden. Er erstattete Anzeige. Zwei der Täter wurden noch am selben Abend von der Polizei gefasst.

Bei dieser Tat handelt es sich um keinen Einzelfall. Auch wenn Justizminister Hecken davon spricht, dass es im Saaarland im vergangenen Jahr keine „rechtsextremistischen Gewalttaten“gab, so liegen der Antifa Saar mehrere dokumentierte Fälle von neonazistischen Übergriffen vor. So berichtete beispielsweise auch die Saarbrücker Zeitung im November 2004 von einem brutalen Übergriff, begangen von rechten Schlägern in Saarbrücken. Und in Homburg existiert mit der Kameradschaft Homburg/Neunkirchen eine ins bundesweit agierende neonazistische „Aktionsbüro Saar“ eingebundene Struktur.

Die Antifa Saar ruft anlässlich dieses Überfalls auf zu einer Demonstration am Samstag, den 26. März 005 um 14 Uhr. Treffpunkt ist vor dem Hauptbahnhof in Homburg. Gruppen und Organisationen, die die Demonstration unterstützen wollen können sich unter email-Adresse antifasaar@yahoo.de melden.

Antifa Saar/Projekt AK ■

NPD in Rheinland-Pfalz

Am Sonntag 20.3. führte der NPD-Kreisverband Rhein-Nahe eine Saalveranstaltung aus Anlass der Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz durch. Laut einem Bericht der NPD waren auch Mitglieder der DVU, der REP und freie Nationalisten anwesend. „Auch viele Republikaner sind im Gegensatz zu ihrer Parteiführung zu einem Miteinander bereit, über 800 Unterzeichner des „Hamburger Signals“ fordern aktuell das Ende des Gegeneinanders Rechter Parteien in Deutschland", so Rohleder vom NPD-Kreisverband. Auch der Fraktionsvorsitzende der NPD im Sächsischen Landtag, Holger Apfel, trat als Redner auf. Der NPD-Landesvorsitzende Peter Marx rief zur Unterstützung der NPD bei der Landtagswahl im März in Rheinland-Pfalz auf. ■

Fortsetzung von Seite 7

Insofern entsprechen die Neonazis dem Zeitgeist, aber ökonomisch?

Der Grundkonsens wurde ökonomisch aufgekündigt, weil er einer weiteren Profitvermehrung im Wege steht, und weil er nach der Niederlage des sog. realen Sozialismus nicht mehr gebraucht wird. Auch der Überangepasste kann sich nicht mehr auf die Ökonomie verlassen, nicht individuell und auch nicht politisch. Gefragt ist jetzt das unternehmerische Selbst, das die Kapitalverwertung so weit verinnerlicht hat, dass es seine Verwertung als persönliche Freiheit empfindet. Während Adorno in seinen Überlegungen zur „Erziehung nach Auschwitz“ noch ein Individuum einforderte, das er zum „Zentrum des Widerstands“ erklärte, mutiert das heutige Individuum zum zwar differenten, aber funktionalen Selbst. „Diversity Management“, funktionale Differenz, wird gefordert, auch in einer rechtskonservativen Regierung wie den USA unterstützt eine schwarze Außenministerin das Geschäft. Die Deutsche Bank fördert „Gay Banking“, Ford mag den Christopher Street Day. Die Ideologie der bisherigen Volksgemeinschaft behindert dagegen das Geschäft. Die Ausschlusskriterien richten sich nach der Funktionalität, nicht mehr nach Ethnien oder Rassismen. Niemand, auch kein Mitglied der Volksgemeinschaft, kann sich darauf verlassen, nicht bankrott zu gehen.



Die Wut der Neonazis folgt aus diesem Wissen. Selbst ein heutiger Industrieclub würde sich auf kein Bündnis mehr mit ihnen einlassen. Nicht weil die Herren und inzwischen auch Damen des Industrieclubs nun plötzlich humaner geworden sind, sondern weil sie ihre Profitinteressen anders und besser realisieren, weltweit unmittelbar auf ökonomischer Basis. Auch der Krieg gegen den Irak basiert zum erheblichen Teil nicht mehr auf einer traditionellen Armee, sondern auf ökonomischen Verbänden, auf einer Söldner High-Tech- Armee. Die anderen, meist Soldaten, die durch den Kriegsdienst die amerikanische Staatsangehörigkeit erwerben wollen oder die keine andere Jobvariante mehr besitzen, dienen als Kanonenfutter.

Kanonenfutter wird allerdings gebraucht, vor allem ideologisch, auch bei uns. Dies bleibt, wie schon immer, die Aufgabe der Neonazis. Die ökonomische Entwicklung darf nicht dazu führen, dass diese Gesellschaftformation selber in Frage gestellt wird. Die Neonazis dienen daher einer doppelten Ablenkung. Ihre Anhänger träumen vom deutschen Reich, das ist gut so, da kommen sie nicht auf falsche Ideen, und die offizielle Bekämpfung der Neonazis beweist, dass die Lehren aus der Vergangenheit gezogen wurden. Und dann kann auch noch diese Vergangenheitsbewältigung, die das schlechthin „Böse“ und „Unzivilisierte“ bekämpft, eingesetzt werden, um die Märkte auszudehnen. Auch die Bombardierung Jugoslawiens verhindert Auschwitz, wie uns Joschka Fischer bewies, und bevor Bagdad bombardiert wurde, legte der amerikanische Präsidsent in der Normandie Kränze ab. Denn auch diese Bombardierung ist eine antifaschistische Tat. Es ist einsichtig, dass Neonazis am Holocaust-Mahnmal dann nur stören, wenn sie ansonsten auch nur auf die Menschen einschlagen, die auch von der offiziellen Politik nicht gewünscht werden. Deshalb werden die Neonazis nicht wirklich bekämpft, während das offizielle Geschrei aber immer wieder groß wird, wenn auf internationaler Ebene die Geschäfte sich gestört fühlen.

■ Nun zu den Neonazis selbst.

Der Vizevorsitzende der NRW-NPD ist gerade zu einem Jahr auf Bewährung verurteilt worden. Er hatte am 26. Juni 2004 die Demonstration gegen den Bau der Synagoge in Bochum u.a. damit begründet, dass im Talmud zum Kindesmissbrauch aufgerufen würde. Er schaffte es, dass seine antisemitische Talmudinterpretation mit langen Lesungen im Gerichtssaal noch einmal wiederholt werden durfte, die Staatsanwaltschaft hatte übrigens 18 Monate ohne Bewährung gefordert. Also auch wiederum die schon eben erwähnte Zwiespältigkeit bei der Verfolgung des Neonazismus. Denn der Antisemitismus stört einerseits die internationalen Geschäfte, wenn er nicht nur in den Köpfen bleibt, sondern international sichtbar wird. In den Köpfen allerdings behält der Antisemitismus seine traditionelle Funktion. Die konkrete Unsicherheit innerhalb der abstrakten ökonomischen Verhältnisse verlangt nach einem entsprechenden konkreten Feind, der in den Juden gefunden werden soll. Die weltweiten Kapitalverhältnisse werden in einer weltweiten Projektion erklärt, im „Weltjudentum“.

Diese Anknüpfung an die Vergangenheit hat aber bitteschön in den Köpfen zu bleiben, machmal genügen ja auch Andeutungen in den offiziellen Medien, wie die „Anwälte von der Ostküste", die schon wieder Entschädigungsgelder verlangen, so im „Spiegel", oder die „jüdische Kaufhausdynastie Wertheim", die Gelder für ein enteignetes Grundstück am Potsdamer Platz in Berlin fordert, so in der „Tagesschau", wo doch die arme Arisierungsgewinnlerin Frau Schickedanz für die Erhaltung ihres Kaufhauses schon so tief in ihre Taschen greifen muss. Aber bitte nur Andeutungen, jeder weiß, was gemeint ist. Diese Offenheit der NPD stört dabei nur, es wissen doch schon alle.



„Spürst auch Du die Kälte der künstlichen Glitzerwelt in unserem Lande? Spürst Du die Hilflosigkeit und Gleichgültigkeit, die uns umgibt?" Mit diesen Sätzen wendet sich der Bundesvorsitzende der Jungen Nationaldemokraten im Zusammenhang der sog. Schuloffensive an Schüler. Angesprochen werden hier die netten, ordentlichen jungen Menschen, die auch von anderen Parteien, von Kirchen oder Sportvereinen geliebt werden. Der angesprochene Typus wurde schon nach 45 als „autoritärer Charakter" diagnostiziert, unfähig eigene Erfahrungen zu machen, offen für jede Manipulation, voller Wut gegen jedes Andere, „Fels in der Brandung, von Dreck umspült", wie es auf einer an Schulen verteilten Neonazi-CD heiß. Innerhalb des postfordistischen Kapitalismus wird zwar das Individuum als unternehmerisches Selbst gefragt, die Sicherheit eines unhinterfragbaren Kollektivs wird diesem unternehmerischen Selbst aber verwehrt. Danach sehnt sich aber der Bundesvorsitzende: Er preist eine „nationale Identität", junge Menschen „finden sich bei den Jungdemokraten zusammen", sie sind „Deutschlands Jugend". Und die schlechten alten Projektionen sind auch versammelt: Vom Kapitalismus ist zwar die Rede, aber er wird als das „kapitalistische System der USA" vorgestellt, eben der McDonalds Imperialismus" die „internationale Einheitszivilisation", der „stetig steigende Ausländerstrom", all das stört. Stattdessen: Die Völker sollen in den Mittelpunkt der Politik gestellt werden. Ähnlich hatte es der französische Neonazi Alain de Benoist vor einiger Zeit formuliert: Das Ziel der Politik ist die Vielfalt der Völker. Das heißt übersetzt: Jeder an seinem Platz, der ihm zusteht.

So wird auch das Kollektiv Europa von der NPD in ihrem Europaplan begrüßt, als das „lebenswerte Heim europäischer Völker", die, und jetzt folgt die Definition der Grenzen, sich „geographisch, ethnisch und kulturell als eine Einheit verstehen". Ausgeschlossen und verantwortlich nicht für den Kapitalismus, der nicht schlecht ist, wohl aber für das „liberalkapitalistische Wirtschaftssystem" sind „die angelsächsischen Mächte insbesondere die USA und Großbritaninnien". Hier wird nicht nur den alten Projektionen gefolgt, sondern auch dem alten deutschen Kapitalismus- und Regulierungsmodell, das an kontinentalen Eroberungskriegen gegen den Osten orientiert blieb und auch in der NS-Zeit auf Europa setzte.

Zu fragen wäre, inwieweit dieses Modell insgesamt überholt ist, die NPD doch eher als eine Nostalgiepartei zu bezeichnen wäre, oder ob sich dieses Modell nicht durchaus auch noch fortsetzt, in den deutschen Interessen in Osteuropa, in der Entdeckung der deutschen Minderheiten, die ja schließlich, siehe Menschenrechte, auch zu schützen wären.

Das Bündnis der NPD mit den sog. Freien Kameradschaften deutet längerfristig eher auf eine Schwäche des Neonazismus hin. Denn diese sog. Kameradschaften können nun wirklich nicht als Bündnispartner welcher Kapitalfraktion auch immer vorgezeigt werden. Das Modell SA hat durch die Geschichte der Vergangenheitsbewältigung ausgedient.

■ Was also ist zu tun?

Woody Allen meinte einmal, das einzig richtige Argument gegen Antisemiten sei ein Baseballschläger. Das ist sicherlich richtig, wenn Neonazis in der Öffentlichkeit auftreten. Autoritären und überangepassten Menschen muss beigebracht werden, wo sie nicht erwünscht sind.

Aber der prozentuale Anteil an Fremdenfeindlichkeit und spez. Antisemitismus steigt, Folgen der Arbeitslosigkeit, Legitimationsverluste bisheriger Gesellschaften, die auch eine relative soziale Sicherheit garantierten, Überforderung des unternehmerischen Selbst, also verschiedene ideologische und soziale Ursachen. Deshalb bleibt der Neonazismus gefährlich.

Zunächst und vor allem muss begriffen werden: Schon der historische Nazismus entstammt unserer eigenen Geschichte und kann nicht in ein böses Anderes verschoben werden, wie auch immer es heißt.

Ein gutes Mittel scheint mir hier die Erforschung der Tätergeschichte zu sein, Daraus könnte eine bundesweite Aktion werden, die jeweilige Arisierungsgeschichte vor Ort zu erforschen und eine nicht anonymisierte Offenlegung der Akten zu fordern. Die erste Wehrmachtsausstellung vor ihrer Entschärfung hat ein gutes Beispiel gegeben. Wichtig wäre doch zu wissen, was die Dresdener Opfer sich in der Arisierung angeeignet haben oder die armen Schlesier vor ihrer Vertreibung, schließlich gehörte auch Auschwitz, nicht nur ein KZ, sondern auch eine deutsche Musterstadt, zu Schlesien. Also Geschichtsarbeit.

Dies allerdings hilft nur im ersten Ansatz gegen Projektionen. Denn die Projektionen haben einen ökonomischen Grund. Auch das freie unternehmerische Selbst ist beschränkt, es wird auch durch seine Beschränkung definiert, denn es soll auf dem Markt funktionieren, und sei es mit dem Einverständnis sog. selbstbestimmter Euthanasie oder, milder, mit dem Einverständnis unzureichender medizinischer Versorgung oder Betreung, weil es als „Kunde" nicht genug Geld einsetzen kann. Der Marktfundamentalismus wird kommunalpolitisch und im Bildungssektor gegen jeden bisherigen Ansatz demokratischer und solidarischer Kultur durchgezogen.

In den Bildungsanstalten und in der Kommunalpolitik wären gegen diesen Trend gerade die Ansätze einer demokratischen Kultur zu erweitern. Dies bedeutet in jedem Fall eine praktische Bildungsaufgabe: Aufklärung über die ökonomischen Interessen und gegen die Resignation die Entwicklung einer gemeinsamen Gegenwehr.

Zum Schluss noch eine Warnung. Es ist ganz sinnvoll, ab und zu das Manifest der Kommunistischen Partei zu lesen, die Begeisterung von Marx gegen jeden romantischen Nationalismus, seine Begeisterung, dasss die Bourgeoisie endlich alle Grenzen hinweggräumt, alles, wie es wörtlich heißt, Heilige verdampft. Also nicht die Aufrichtung neuer Grenzen. Daran arbeitet schon die NPD vergeblich. Nicht mehr Made in Germany, aber auch nicht mehr Made by Daimler-Chrysler. Stattdessen:

Wenn die Grenzen für das Kapital schon nicht mehr gelten, dann sollten sie für niemanden mehr gelten. Dies ist eine Aufgabe internationaler Solidarität. Wenn das Kapital, auch endlich, bisherige ideologische Kollektive auflöst und an deren Stelle das unternehmerische Selbst stellt, dann ist auch dieses Selbst noch zu beschränkt.

Stattdessen also: Freiheit von jeder marktbestimmten Funktionalität, das heißt: Solidarische Befreiung aus der bisherigen Arbeitsgesellschaft, also aus einer Welt abstrakter Arbeit. Diese Propagierung eines anderen Lebens könnte auf der Linken eine kulturelle Hegemonie fördern, die auf der Rechten so gefürchtet wird. ■

Frankreich:

Kulturskandale zwischen Antisemitismus, Kommunitarismus und höchster politischer Konfusion

Ein Schriftsteller, der jüngst für einen Skandal sorgte, erklärt: „Ich schäme mich nicht für meine eigenen Faschismen" (Plural im Original), „sie sind da, in mir drinnen. Sie drücken einen Teil meiner Natur aus, ich betrachte sie nicht als unnatürlich, sie sind fester Bestandteil meiner Psyche." (Zitiert aus „Chronic'Art" vom März 2005.)

Und ein Theatermacher, der vor zehn Jahren noch als Bannerträger des Antirassismus galt und den Kampf gegen den rechtsextremen Front National zu seiner persönlichen Angelegenheit erhob, erkennt heute in dem neofaschistischen Funktionär Bruno Gollnisch seinen Leidensgenossen. Der Grund dafür soll darin liegen, dass beide in Frankreich von jüdischen Meinungsmachern verfolgt und ihrer Redefreiheit beraubt würden.

Beide Protagonisten schwingen sich zu selbsternannten Sprechern der Underdogs, der Nachfahren der Opfer von Sklaverei und Kolonialismus auf – und verkörpern doch allenfalls eine auf den Höhepunkt getriebene politische Konfusion. So lassen sich zwei der jüngsten Affären resümieren, die die französische Kulturwelt erschütterten. Der französische Premierminister Jean-Pierre Raffarin nannte sie jüngst in einem Atemzug, als er Mitte Februar vor der Gefahr antisemitischer Tendenzen warnte.

Romantitel: „Pogrom"

Am 3. Januar 2005 erschien bei dem renommierten Pariser Verlag Flammarion das 248 Seiten umfassende Buch des jungen Autors Eric Bénier-Burckel, das den bezeichnenden Titel „Pogrom" trägt. Der Name ist tatsächlich Programm. Allerdings hat der 33-jährige Philosophielehrer Bénier-Burckel kein ideologisches Pamphlet – antisemitischer oder anderer Art – verfasst, sondern eine fiktive Handlung niedergeschrieben, die vor Hass in vielfacher Hinsicht nur so trieft. An chronologisch erster Stelle stehen die Geringschätzung des Autors für Frauen und seine scheinbare Verachtung für Großbürger: Der fiktive Romanheld, der vom Erzähler stets in der zweiten Person angesprochen und gesiezt wird, der aber aufgrund mehrfacher augenzwinkender Hinweise und biographischer Details leicht als Wiedergänger des Autors selbst auszumachen ist, unterrichtet als Lehrer an einer Oberstufenschule im Großraum Paris. Genau wie Bénier-Burckel selbst.

Die Hauptfigur seines Romans lernt eine reiche Erbin im wohlhabenden 6. Pariser Bezirk kennen, die sich aus unerfindlichen Gründen in ihn verliebt. Sie ist alles andere als attraktiv, doch der Protagonist zieht in ihre Wohnung ein und macht sich finanziell von ihr abhängig. Denn die Liaision erlaubt ihm, endlich von Geldzwängen unabhängig zu werden und sein großes Lebensprojekt zu verfolgen – nämlich einen Roman zu schreiben. Von dem Text, den er verfasst, erfährt die Leserin nichts, abgesehen davon, dass er von überbordendem Hass geprägt ist. In Wirklichkeit ist es Bénier-Burckels Buch selbst, das sich auf diese Weise in der eigenen Handlungsdarstellung widerspiegelt. Über endlose Seiten hinweg beschimpfen L'inqualifiable (Der Unbeschreibliche) und l'hôtesse (Die Gastgeberin) sich ausgiebig, beweisen sich ihre abgrundtiefe Verachtung füreinander.

Das ist auch schon fast alles: Die Romanhandlung ist furchtbar einfach gestrickt und daneben noch hundsmiserabel geschrieben, mit einer Anhäufung von schrägen Metaphern und aneinandergereihten Adjektiven. Wahrscheinlich ist es das, was den Roman für einige Kritiker attraktiv machte, die darin ein neues Genre von „literarischem Trash" erblickten. Zu einem solchen Konzept bekennt sich auch Bénier-Burckel, der sich als „zur Generation ‚American Psycho' gehörend" bezeichnet, in Anspielung auf den Trashroman von Bret Easton Ellis. Von diesem Stil ist auch Frédéric Beigbeder geprägt, der im Jahr 2000 seinen provokatorisch gemeinten Banalitätenroman ‚99 francs' veröffentlichte und später als literarischer Direktor bei Flammarion eingestellt wurde – dank ihm konnte ‚Pogrom' dort überhaupt erscheinen.

Kontroverse um antisemitische Passagen

Zu Anfang blieb der Roman, der aufgrund seiner literarischen Qualitäten nach allgemeiner Ansicht der Kritiker wenig Beachtung verdient, fast unbemerkt. Dann aber zogen die beiden linken Schriftsteller Bernard Comment und Olivier Rolin durch einen Gastbeitrag in „Le Monde" vom 11. Februar das Augenmerk auf Passagen, die neben der allgemeinen hasserfüllten Atmosphäre des Romans auch spezifisch antisemitische Passagen enthalten. Die Gründe dafür, dass Rolin und Comment so die öffentliche Aufmerksamkeit auf den Roman zogen, sind umstritten: Manche Kritiker weisen darauf hin, dass sie eine literarische Reihe beim Verlag Le Seuil leiten, die vor kurzem ihre prestigereichste Autorin Catherine Millet an den Konkurrenzverlag Flammarion verlor – so dass ihnen eine Gelegenheit nur recht kam, diesem eins auszuwischen. Dieselben Kommentatoren sind der Ansicht, dass sich ohne Comments und Rolins Intervention niemand wirklich für ‚Pogrom' interessiert hätte. Die beiden Autoren kontern jedoch mit dem Hinweis, dass der prominente Fernsehmoderator Michel Field bereits vor dem Ausbruch des Skandals im Februar die Werbetrommel für ‚Pogrom' rührte. Tatsächlich hat der ex-Linke Moderator Bénier-Burckel bereits im Januar ins Studio eingeladen und ihm augenzwinkernd versichert: „Sie haben eine Chance von eins zu zwei, dass ihnen von was weiß ich für einer Organisation was weiß ich für ein Prozess gemacht wird."

Tatsächlich sind die umstrittenen Passagen mehr als skandalös. Zunächst tritt der Freund des „Unbeschreiblichen" auf, ein gewisser Mourad, „ein Araber". Diesem werden eindeutig antisemitische Passagen in den Mund gelegt: „Das ist ihnen noch nicht aus dem Kopf gegangen, der Genozid. Sie wiederkäuen ihn nach jeder Melodie, mit jeder Sauce, und schön laut, damit man sie beklagt. (...) Mit der Shoah haben die Anhänger der überlegenen Rasse 10.000 Jahre Straflosigkeit gewonnen. Und sie wundern sich, dass man ihnen die Hose herunterziehen und sie in den Arsch ficken will, von Paris bis Wladiwostok mit Umweg über Berlin, Rom, Moskau und sogar Kuba." Ansonsten hätten sie einen Haufen Kohle und „Referenzen überall in der Welt", die ihnen zu einem „unschlagbaren Lebenslauf" verhülfen. Im Anschluss schlägt Mourad, der den Protagonisten anpumpen will, ihm käuflichen Sex mit einer Jüdin namens „Rachel" vor. Auf mehreren Seiten wird ausführlich beschrieben, wie erst einer der Hunde des Roman-Mourad, dann dieser selbst und am Ende der „Unbeschreibliche" die Nämliche von hinten besteigen. Die drei Hunde heißen Pétain, Drumont und Brasillach. Der Marschall Philippe Pétain, ab 1940 Chef des Vichy-Regimes, ist allgemein bekannt. Edouard Drumont verfasste um 1880 das Grundlagenwerk des modernen Antisemitismus in Frankreich, ‚La France juive'. Robert Brasillach war ein antisemitischer Schriftsteller und Nazikollaborateur, der im Februar 1945 erschossen wurde.

Angeblicher Einsatz für „die Schwarzen und die Araber"

In Interviews versuchte der Autor – nachdem der Skandal durch den Gastbeitrag in „Le Monde" sowie die Äußerungen des Premierministers ausgebrochen war – sich dadurch zu rechtfertigen, dass er sich die antisemitischen Auslassungen einer

Romanfigur als Verfasser nicht zu eigen mache. Er zeige nur eine Realität auf, die nun mal leider so sei – „ich unterrichte in den Banlieues“–, auch wenn es die Pariser Bürger in ihrem behüteten Milieu schockiere. Gegen diese Darstellung sprechen aber mehrere Gründe, so die allzu deutliche Wiederspiegelung des Autors selbst in seinem zentralen Romanhelden.

Aber auch die Widmung, die Bénier-Bürckel verfasste, ist keinem Zufall geschuldet. Man kann es als Demagogie bezeichnen, wenn er sein Buch „Den Schwarzen und den Arabern“ widmete, denn diesen – angeblichen und zum Teil auch tatsächlichen – Underdogs der französischen Gesellschaft legt er seine eigenen Hassbotschaften in den Mund. Dabei erweist er auch zweifellos den von rassistischen Diskriminierungen auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt Betroffenen keinerlei guten Dienst, wenn er seine Romanfigur Mourad als angeblich typischen Vertreter einer Bevölkerungsgruppe hinstellt: „Mourad repräsentiert die muslimische, pro-palästinensische Community“. Dabei ist die Gesellschaft der Einwanderer aus mehrheitlich moslemischen Ländern in Frankreich sehr heterogen und komplex, und lässt sich keinesfalls auf die Anhänger antijüdischer Hassgefühle – die es gibt – reduzieren.

Dieudonné, Meister der politischen Konfusion

Einer, den sich Bénier-Burckel unterdessen tatsächlich zum Vorbild nehmen könnte, ist der schwarze französische Schauspieler und frühere Fernsehkomiker Dieudonné M’bala M’bala. Der Mann, der allgemein unter seinem Vor- und Künstlernamen bekannt ist, steigert sich seit anderthalb Jahren in einen immer schriller werdenden Hassdiskurs gegen die französischen Juden hinein. Diese beschuldigt er, daran Schuld zu tragen, dass er einen Film über die Geschichte der Sklaverei aus finanziellen Gründen nicht realisieren konnte – „zionistische Autoritäten“ in der französischen Kinowelt hätten ihn daran gehindert. Dieudonné wirft den Juden Frankreichs vor, diese hätten an der Sklaverei verdient und damit Finanzimperien errichtet, obwohl die Autoren des „Code noir“, des französischen Sklavereigesetzes im 17. und 18. Jahrhundert, auch direkt antijüdische Verordnungen in Frankreich und seinen damaligen Kolonien zu verantworten hatten.

Den Hintergrund dafür bietet eine Art von „Opferkonkurrenz“, wie sie auch schon vor längerem unter den Minderheiten in den USA beobachtet wurde, angeheizt vom antisemitischen Prediger Louis Farrakhan: Manche Schwarze beschuldigen die Juden, durch ihren „Opferstatus“ aufgrund der Shoah das Leiden der Menschheit „zu monopolisieren“ und dadurch am Schweigen über die Unterdrückung der Schwarzen wesentlich schuldig zu sein.

Nunmehr ermittelt die französische Justiz gegen Dieudonné: Der hatte sein neuestes Theaterstück Mes excuses – „Meine Entschuldigung“, in dem er sich aber keinesfalls entschuldigt, sondern seine Anklagen zuspitzt – Mitte Februar zum ersten Mal außerhalb Frankreichs aufgeführt und zwar in Algier. Aus diesem Anlass hatte er bei einer Pressekonferenz den aktuellen politischen Diskurs über die Shoah als „Erinnerungspornographie“ bezeichnet und von einer „Überdosis“ der Erinnerung gesprochen. Zugleich hatte er in einer biologistischen Metapher vom Zionismus als dem „AIDS des Judentums“ gesprochen – die AIDS-Metapher lässt Dieudonné seit Anfang des Jahres nicht mehr los, als er in einem Fernseh-auftritt durchblicken ließ, für ihn seien die von ihm attackierten Lobbys für die Ausbreitung der Epidemie in Afrika verantwortlich.

Dieudonné ist mittlerweile politisch isoliert: Die Palästina-Solidaritätsgruppen, um die er sich anfänglich bemühte, haben schon vor Monaten mit ihm gebrochen und ihm vorgeworfen, mit dem Feuer des Antisemitismus zu spielen. Selbst die selbst sehr kommunitaristisch ausgerichtete Kleinpartei „Euro-Palestine“, die von den linkeren Palästinagruppen ihrerseits höchst argwöhnisch betrachtet wird, gab Ende Oktober vorigen Jahres seinen Ausschluss bekannt. Zu befürchten ist allerdings, dass er unter den marginalisierten Jugendlichen in den Banlieue-Trabantenstädten als ein „Held“ in Erinnerung bleiben könnte, der „den Mut hatte, sich gegen die Mächtigen zu stellen, und dafür abgestraft wurde“.

Dieudonné und Gollnisch: Wenn zwei „Verfolgte“ sich einig wissen…

Aber in der Ungemach hat Dieudonné, der in den letzten Wochen auch zweimal auf Flughäfen – im französischen Überseedépartement La Martinique und in Paris – von Mitreisenden oder Anwesenden attackiert worden ist, einen Leidensgenossen entdeckt.

Der rechtsextreme Parteifunktionär Bruno Gollnisch, der wegen Holocaustleugnung für 5 Jahre vom Hochschuldienst suspendiert worden ist, werde „in unglaublicher Weise“ drangsaliert, bemerkte Dieudonné vor Journalisten am Pariser Flughafen, eilig versichernd, er teile seine politischen Ideen ansonsten natürlich nicht.

Gollnisch bemerkte seinerseits anerkennend, „von Raymond Barre bis Dieudonné“ hätten sich Persönlichkeiten für seine Meinungsfreiheit eingesetzt – Barre ist der wirtschaftsliberale frühere Oberbürgermeister von Lyon, der seinen Universitätskollegen Gollnisch als Ehrenmann bezeichnete. Vor zehn Jahren noch war Dieudonné in FN-Kreisen „der Neger, der die nationale Rechte herausfordert“; damals reiste der Theatermacher nach Dreux (80 Kilometer westlich von Paris), um 1996 in dieser damaligen FN-Hochburg gegen die extreme Rechte zu kandidieren. Wie sich die Zeiten doch ändern können.

Wenn die „Verfolgten“ zusammenstehen und sich als vermeintliche Opfer jüdischer und anderer Lobbys gegenseitig auf die Schulter klopfen, dann gilt wohl: Und ist der letzte Rest politischen Bewusstseins erst völlig ruiniert, dann lebt’s sich völlig ungeniert.

Bernhard Schmid, Paris ■

„Das Begräbnis oder DIE HIMMLISCHEN VIER“



Plakat der VVN-BdA zum 8. Mai

Das Projekt „Das Begräbnis oder DIE HIMMLISCHEN VIER“ ist eine spektakuläre Mahnung zum 60. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus. Der tote Soldat aus Bertolt Brechts Gedicht „Legende vom toten Soldaten“ wird am 8. Mai vor dem Reichstag in Berlin aufgebahrt. Von sowjetischen Panzern eskortiert wird er nach Potsdam gebracht werden, wo am Abend des 8. Mai ein Bomber aus dem 2. Weltkrieg kreisen und Flugblätter abwerfen wird. Am nächsten Tag wird der „tote Soldat“ beim Cecilienhof von Vertretern der vier kriegführenden Mächte Frankreich, Großbritannien, der UdSSR und der USA in Gewahrsam genommen und von ihnen zu der Stelle geschafft, wo in Potsdam die Garnisonskirche stand. Dort würde er wieder begraben werden. Anschließend begeben sich die Vier zu einem Flughafen in Berlin und fliegen mit dem Bomber davon. Die Aktion, über deren Sinn sich jeder seine eigenen Gedanken machen mag, enthält viele spektakuläre Höhepunkte: das Auftreten am Reichstag, den Konvoi mit den sowjetischen Panzern, das Begräbnis eines Lebendigen, den Abflug in Gatow. Der spektakulärste aber wird die Nacht in Potsdam sein, die mit dem britischen Bomber an die Zerstörung der Stadt zu Ende des letzten Weltkriegs erinnert.

Das Projekt braucht jede, auch finanzielle Unterstützung. Interessierte erfahren mehr beim Aktionsbüro „Das Begräbnis oder DIE HIMMLISCHEN VIER“, Tulbeckstr. 4, 80339 München, Telefon 089-5028357, Fax 54070348. Oder auf www.himmlischevier.de Spendenkonto: C. Waldenberger, Konto 200406800, BLZ 50190000. Stcihwort: Himmlische Vier

Stellungnahme des Vorsitzenden Ludwig Baumann und des Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats Prof. Dr. Manfred Messerschmidt der Bundesvereinigung Opfer der NS - Militärjustiz e.V.

Sächsische Dauerausstellung in Torgau macht NS-Täter zu Opfern

Alle NS-Verfolgtenverbände haben die Stiftung Sächsische Gedenkstätten wegen ihrer Gedenkstättenpolitik verlassen, Das gilt besonders auch für das Torgauer Gedenken.

An den Opfern der NS-Militärjustiz ist die blutigste juristische Verfolgung der deutschen Geschichte begangen worden - allein ca. 30.000 Todesurteile. Zu ihrer Rehabilitierung stellte der Deutsche Bundestag mit seinem Beschluss vom 15. Mai 1997 fest: „Der Zweite Weltkrieg war ein Angriffs- und Vernichtungskrieg, ein vom nationalsozialistischen Deutschland verschuldetes Verbrechen".

Der zentrale Ort ihrer Verfolgung war Torgau, hier wurden allein ca. 1.000 Todesurteile verhängt. Ab 1943 wütete hier das Reichkriegsgericht. Mehrere 10.000 unserer Opfer litten in Torgau Fort-Zinna unter unmenschlichen Haftbedingungen – viele von ihnen verstarben. In Torgau gab es auch nach 1945 eine Verfolgung. Wegen der schweren Verfolgung unserer Opfer forderte der Deutsche Bundestag „in Torgau den Schwerpunkt auf das Bewahren der Erinnerung an die Opfer der Wehrmachtsjustiz zu legen" (Protokoll des Deutschen Bundestags, 14. Wahlperiode Drucksache 14/1569, S. 20). Auch die eigene Fachkommission der Stiftung forderte 1996: „Der Schwerpunkt der ständigen Ausstellung soll auf der Darstellung der NS-Militärjustiz liegen". Dennoch ließ die von den sächsischen Ministern dominierte Stiftung gegen unseren Protest je zwei Ausstellungsteile für die vor und nach 1945 Verfolgten erstellen. Nun entschied sie, eines unserer beiden Ausstellungsteile fast vollständig zu entsorgen: Zwar werden die verbliebenen Exponate in schönen Räumen gut präsentiert, es werden aber zur NS-Verfolgung nur noch 13 Verfolgtenportraits und 18 Thementafeln gezeigt, zur SBZ-Verfolgung dagegen 24 Verfolgtenportraits und 31 Thementafeln.

Unser Protest führte nicht dazu, dass die entsorgten Exponate wieder gezeigt werden konnten, sondern, dass sie gegen unseren entschiedenen Widerstand zu anderen Informationen in einen Computer eingespeichert wurden. Erreichbar ist der Computer nur durch eine Öffnung im Boden der Ausstellung über eine steile Wendeltreppe oder durch einen langen Weg in eine untere Etage des Schlosses.

Beispielhaft für das Vorgehen in Torgau ist die Behandlung der luxemburgischen Zwangsrekrutierten: Am 22, und 23. Dezember 1944 wurden 11 von ihnen hingerichtet, weil sie nicht für Hitler-Deutschland in den Krieg ziehen wollten. Sie waren blutjung und die Abschiedsbriefe an ihre Eltern können einem das Herz zerreißen. Kein Verfolgtenportrait von ihnen und anderen hingerichteten Luxemburgern wird in der Ausstellung gezeigt. An diese Verbrechen soll offensichtlich nicht mehr erinnert werden.

Bei der Ausstellung selber gibt es keine wirkliche räumliche Trennung zwischen den Ausstellungsteilen zur NS-Verfolgung und der Verfolgung nach 1945 - ein Raum geht in den anderen über. Dabei werden die Schergen der Gestapo und des SD pauschal als unschuldige Opfer bezeichnet. So heißt es im Ausstellungstext zu den sowjetischen Speziallagern:

„Danach sollten sie dazu dienen, ‚feindliche Elemente in Gewahrsam zu halten': Personen, die als Sicherheitsrisiko angesehen wurden, wie etwa NSDAP-Funktionäre, Mitarbeiter von Gestapo und SD sowie generell alle Gegner der sowjetischen Besatzungsmacht. Dabei erfassten diese Lager aber nicht mutmaßliche ‚Nazi- und Kriegsverbrecher', denn diese waren, soweit sie die Uniformen der Wehrmacht, der SA oder der SS getragen hatten, in die Kriegsgefangenenlager einzuweisen."

Die Gestapo und der SD wurden in den Nürnberger Prozessen als verbrecherische Organisationen verurteilt, ihre im Ausstellungstext so genannten ‚Mitarbeiter' waren der Inbegriff der Nazi- und Kriegsverbrecher. Allein im Januar 1946 waren 498 von ihnen in Torgau inhaftiert – dazu 25 Kriegsrichter. Sie haben unsere Opfer im Nazideutschland und in allen von der Wehrmacht besetzten Ländern verurteilt, misshandelt und ermordet. Auch der Mitunterzeichner, Ludwig Baumann, wurde vom SD bei der Vernehmung und noch in der Todeszelle gefoltert. Der Bundesgerichtshof bezeichnet die Wehrmachtsjustiz in seinem Urteil vom 16. November 1995 als „Blutjustiz", deren Richter sich „wegen Rechtsbeugung in Tateinheit mit Kapitalverbrechen" hätten verantworten müssen.

Wir fordern in Torgau eine eigene Dauerausstellung, welche die Ausstellungsteile Vernichtungskrieg/Holocaust, Verfolgung durch die NS-Militärjustiz, Verfolgung durch das Reichskriegsgericht, Verfolgung der Kriegsgefangenen und Zwangsrekrutierten und Bleibendes NS-Unrecht an den Opfern der Militärjustiz nach 1945 umfasst. Denn bis zur gesetzlichen Aufhebung unserer Urteile im Mai 2002 sind mehr als 99% unserer Opfer – vorbestraft und gedemütigt, verstorben – unter Mithilfe Sachsens. Nur Sachsen und Bayern haben im Bundesrat gegen die Rehabilitierung der Wehrmachtsdeserteure, Wehrkraftzersetzer und Kriegsdienstverweigerer aus Hitlers Krieg gestimmt. Und so haben wir in Torgau immer noch nicht die uns seit über 10 Jahren zugesagte Gedenkstätte – anders als die nach 1945 Verfolgten, die am Fort-Zinna seit 1992 eine Gedenkstätte haben. Wir haben dort nicht einmal einen Platz, an dem wir für unsere Toten Blumen niederlegen können.

Ludwig Baumann
(Vorsitzender)
Prof. Dr. Manfred Messerschmidt
(Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats) ■

Tagung: Zukunft des Gedenkens –- Perspektiven antifaschistischer Gedenkarbeit, 17.6.2005 - 19.06.2005 in der Fachhochschule Potsdam

Organisiert von der Lagergemeinschaft Ravensbrück/Freundeskreis e.V. und der Gruppe „Freundinnen des Sachsenhausen-Komitees"

Hauptanliegen der Tagung ist eine Vernetzung der Personen, Gruppen und Organisationen, die sich mit Gedenkstätten und Erinnerungspolitik befassen. Uns liegt an einem Austausch mit Gruppen und Organisationen, die – im Sinne der ehemaligen Häftlinge Erinnerungspolitik gestalten wollen, sich zukünftig für ihre politischen Forderung einsetzen, die Veränderungen in der politischen Ausrichtung der Gedenkstätten kritisch reflektieren. Aus heutiger Sicht ist zu befürchten, dass die Erinnerung der Überlebenden durch die gegenwärtige deutsche Politik angeeignet und für ihre Zwecke nutzbar gemacht wird.

Der Teilnahmebeitrag liegt bei 35,-/erm 25,- Euro. Darin sind enthalten: der Tagungsbeitrag, die Verpflegung während der Tagung und der Eintritt zur Swing-Disko mit Günther Discher.

Freitagabend 17.6.2005
18.00 „Erinnern heute - Plädoyer gegen eine Egalisierung zum Opfer" Referenten: Günther Jacob, Boris Buden, Hanno Loewy (angefragt)
Samstag 18.6.2005: 9.00-12.30 Uhr „Wie kann die Zukunft des Erinnerns aussehen?" - Positionen und Forderungen von Überlebenden (Podium mit Überlebenden); 14.30-16.00 Uhr Arbeitsgruppen: 1. Motivation für die gedenkpolitische Arbeit, 2. Frage des Vermächtnisses , 3. Zusammenarbeit mit den Gedenkstätten; 16.30-18.00 Uhr Deutsche Gedenkpolitik und Europa, Referenten: Ludwig Elm und N.N. (angefragt)
19.30 Uhr „Vor der Haustür - Orte des nationalsozialistischen Terrors im heutigen Sachsen-Anhalt" Ein Film des Alternativen Jugendzentrums e.V. Dessau, erarbeitet mit Jugendlichen aus Wittenberg, Bernburg und Halberstadt
21.00 Abendveranstaltung: Swing - Disko mit Günther Discher (ehemals Swingjugend Hamburg, Überlebender des Jugend-KZ Mohringen, DJ)
Sonntag 19.6.2005
10.00 - 11.30 Uhr „Zukunft der Opferverbände" , Podiumsdiskussion mit VertreterInnen verschiedener Organisationen; 12.00 Vernetzung der einzelnen Organisationen

Kurdischer Politiker Remzi Kartal wieder in Freiheit

Der kurdische Politiker Remzi Kartal ist wieder in Freiheit. Der 1. Strafsenat des Oberlandesgerichts Bamberg wies am Dienstag ein Auslieferungsersuchen der Türkei zurück. Die türkische Justiz wirft dem ehemaligen Abgeordnete der in der Türkei verbotenen Demokratiepartei DEP und jetzigen Vizevorsitzende des Kurdistan Volkskongresses Kongra Gel, die Verantwortung für einen Bombenanschlag in der Türkei vor. Doch das Bamberger Gericht wies die vorgelegten „Beweise“ als nichtssagend und unkonkret zurück und entließ Kartal in Freiheit.

Kartal, der in Belgien als Flüchtling anerkannt ist, war am 21. Januar in Nürnberg aufgrund eines türkischen Haftbefehls verhaftet worden. Mit Demonstrationen und Petitionen hatten kurdische Organisationen, Menschenrechtsaktivisten und Politiker europaweit gegen seine Verhaftung protestiert. Im britischen Oberhaus fand vergangene Woche eine Sondersitzung für die Freiheit Remzi Kartals unter der Schirmherrschaft von Lord Rea statt. *Nick Brauns* ■

Kurdische Föderation ruft zu Newrozdelegationen in die Türkei auf

Auch in diesem Jahr ruft die Föderation Kurdischer Vereine in Deutschland Yek Kom zur Teilnahme an internationalen Newroz-Delegationen in die Türkei auf. Die Delegationsteilnehmer sollen mögliche Repressionen der türkischen Sicherheitskräfte während des kurdischen Newrozfestes dokumentieren. Trotz einiger Gesetzesänderungen geht die Repression gegen Kurden weiter. So wurde Mitte Februar in Mersin ein 19-Jähriger auf einer Demonstration gegen die Isolationshaft des ehemaligen PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan von der Polizei erschossen. „Seien Sie herzlich dazu eingeladen, mit Ihrer Delegationsteilnahme die Vorbereitungsphase der Türkei für einen EU-Beitritt zu begleiten. Informieren Sie sich bei den zivilgesellschaftlichen Organisationen, u.a. Menschenrechtsorganisationen, Gewerkschaften, Berufsverbände vor Ort, in wie weit die Kopenhagener Kriterien umgesetzt werden und wo und wie gemeinsam an der EU-Fähigkeit gearbeitet werden kann“, heißt es in dem Aufruf. *Nick Brauns* ■

Beleidigungs-Verfahren gegen Camp-Verantwortlichen

WEIMAR. Es wird immer schwieriger, nach etwa fünf Terminverschiebungen und zwei Richterwechseln das Ereignis noch ernstzunehmend anzukündigen, aber für den 10. März, ist eine Neuauflage des Verfahrens gegen Fritz Burschel vorgesehen. Beginn ist um 9 Uhr, im Sitzungssaal 1 des Amtsgerichts Jena, Rathenaustr. 13 (Anfahrt über Kahlaische Str.). Der vorangegangene Termin am 22. Juli 2004 wurde nach einem Befangenheitsantrag der Verteidigung gegen die Richterin aufgehoben. Dem neu angesetzten Verfahren sitzt ein neuer Richter vor: dieser Richterwechsel hat aber wohl nichts mit dem Befangenheitsantrag zu tun.

Zum Termin im Juli 2004 erging die folgende Pressemitteilung, der nichts hinzuzufügen ist, als dass der Angeklagte unterdessen 40 Jahre alt geworden ist: „Vielen Jenaern und Jenensern wird es noch in mehr oder minder guter Erinnerung sein, das antirassistische No-border-Camp der Kampagne „kein mensch ist illegal“ im Hochsommer 2002. Thema der Großveranstaltung war damals das Grundrecht auf Bewegungsfreiheit und dessen rassistische Einschränkung für Asylsuchende, Flüchtlinge und MigrantInnen durch die deutsche Gesetzgebung und ihre Vollzugsorgane.

Nun, fast zwei Jahre später steht einer der damaligen Camp-Verantwortlichen, Fritz Burschel aus Weimar, wegen angeblich beleidigender Äußerungen im Jenaer Offenen Kanal vor Gericht. Angezeigt hatte ihn niemand geringerer als Polizeidirektor Rüdiger Schrehardt selbst, der sich und seine Beamten durch Burschels Radioschelte verunglimpft sieht. Der 39-jährige Burschel, damals Mitarbeiter der Geraer Opferberatungsstelle ABAD und heute Leiter der aus Bundesmitteln finanzierten „Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus bei Radio Lotte in Weimar“, will das Verfahren vor dem Amtsgericht Jena am Donnerstag zu einer Rückschau auf die Kriminalisierungs- und Eskalationsstrategie der Schrehardtschen Polizei- Verbände nutzen. Er sieht seine damaligen Aussagen im OK Jena durch Rede- und Meinungsfreiheit gedeckt, seine Kritik damals wie heute als korrekt an.Sein Berliner Anwalt, Ulrich von Klinggräff, betrachtet die Anklage als „überaus dürftig“, was wohl auch der Grund für den langen Weg bis zur Hauptverhandlung gewesen sei. „Das wäre der Klassiker eines einzustellenden Verfahrens gewesen“, meint der Jurist. Insofern gehen der Angeklagte und sein Verteidiger von einem Freispruch, zumindest aber einer Einstellung des Verfahrens aus.“

Pressemitteilung Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus bei Radio „Lotte in Weimar“, E-Mail: weimar-gegen-rechts@web.de www.weimar-zeigt-sich.de ■

Strafanzeige gegen den NPD-Kreisverband Göttingen wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhass

Mitglieder der PDS Niedersachsen haben vor kurzem Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft Göttingen gegen den NPD-Kreisverband Göttingen und gegen den presserechtlich Verantwortlichen der Homepage des NPD-Kreisverbandes Göttingen Carsten Steckel erstattet. Aufgrund von Recherchen zum Thema „Rechtsextremismus in Niedersachsen“ wurden auf der Homepage des Kreisverbandes der NPD Göttingen Texte gefunden, in denen u. a. der Begriff Holocaust in ähnlicher Weise verfälschend missbraucht wird, wie in etwas anderer Art kürzlich von Abgeordneten der NPD im sächsischen Landtag.

Außerdem wurden auf dieser Homepage Texte gefunden, die nach Meinung der PDS zum Rassenhass aufstacheln.

„Angesichts des gegenwärtig wiederauflebenden Rechtsextremismus ist unser Handeln notwendig, um einerseits der Öffentlichkeit aufzuzeigen, welch eklatante Wiederholungsgefahren-Potentiale in der NPD stecken; andererseits strafbare Handlungen der NPD nicht hinzunehmen, sondern rechtliche Schritte dagegen einzuleiten. Ein neues 1933 muss mit allen demokratisch Mitteln verhindert werden, darin sind wir uns mit allen demokratisch orientierten Parteien einig“, so der Landesvorstand der PDS Niedersachsen in seiner Pressemitteilung. ■

Dokumentiert: Zitate von der Homepage NPD KV Göttingen

05.01.05 Der Uslarer Holokaust
Im Heimatmuseum Uslar läuft zur Zeit (2. bis 12. Januar) eine Sonderausstellung zu einem Thema, das besonders den Uslarer Bürgern aktuell auf den Nägeln brennt: Kinder im Holokaust. Wir haben uns die Ausstellung nicht angesehen, aber wir vertrauen darauf, dass die Macher der Schau die genannte Zahl von 1.500.000 ermordeten Kindern genau belegen können. ... Die allseits bekannten 6.000.000 Juden geteilt durch 4 = 1.500.000, da ja jeder vierte Mensch ein Kind ist. Logisch.

29.12.04 Neger bleibt vor der Tür
Am 17.12. widmete die HNA fast eine ganze Seite im Northeimer Lokalteil einem „Skandal“, der seitdem die (Gutmenschen der) Stadt erschüttert: „Ein Deutscher bleibt vor der Tür“ lautete die Schlagzeile. Der „Deutsche“ mit dem typisch deutschen Namen Abdelaziz Chouchane wurde in die Tanzbar Tiffany nicht hineingelassen, obwohl er einen BRD-Pass hat. ... wir Deutschen sollten uns lieber um die Probleme der (wirklich) deutschen Noch-Mehrheit im Lande kümmern, anstatt uns für Neger einzusetzen. Die Fremden werden uns unsere Großzügigkeit nicht danken, sondern uns noch den Todesstoß geben, wenn wir taumeln. Das Leben ist nun mal hart.

Konsum und Propaganda: „Volksprodukte“ im „3. Reich“

Die NS-Herrschaft konnte durch effektive Propaganda, brutalste Repression gegen Kritiker und mit der Beute, die dem „deutsche Herrenvolk“ für den Fall eines gewonnenen Krieges in Aussicht gestellt wurde, einen Großteil der Deutschen bis zuletzt an sich binden. Dem dienten auch die Sozialpolitik, die „Nationalsozialistische Volkswohlfahrt“ oder die „Volksprodukte“. Unter letzterem sind Waren zu verstehen, die durch geringere Preise breiteren Schichten zugänglich gemacht werden sollten. Es gab zwei Varianten zur Herstellung der „Volksprodukte“. Zum einen die Arbeitsgemeinschaften verschiedener Einzelkapitalien, zum anderen die Übernahme durch staatliche oder parteiliche Institutionen.

Das bekannteste Erzeugnis der ersten Kategorie ist der „Volksempfänger“.

1933 besaß nur jeder vierte Haushalt ein Rundfunkgerät. Eine stärkere Radioverbreitung lag insbesondere im Interesse der Propaganda, die den Rundfunk für ihre Zwecke nutzte. Bereits Mitte 1933 konnte der erste „Volksempfänger“ für die Hälfte des damals üblichen Preises als Gemeinschaftsprodukt der deutschen Radiohersteller präsentiert werden.

Bis 1938 wurden weit über 2 Millionen Apparate verkauft; das bedeutete einen jährlichen Marktanteil zwischen 24,3 und 43,7 %. Dem Volksempfänger folgte 1938 der „Deutsche Kleinempfänger“, der insgesamt 2,8 Millionen mal verkauft wurde. 1941 verfügten immerhin 65 Prozent der Haushalte über ein Radio.

Für die zweite Variante, der Produktion in staatlicher oder Parteiregie, steht der „Volkswagen“. Zunächst sollte auch er in einer Arbeitsgemeinschaft der Autohersteller gebaut werden. Der vorgeschriebene Preis von höchstens 1000 RM (der bis dahin günstigste Wagen, der Opel P4, kostete 1450 RM) lag unter der Rentabilitätsgrenze, weshalb die Industrie die Arbeiten hinauszögerte. Anfang 1937 übernahm die „Deutsche Arbeitsfront“ (DAF) die Planungen mit der Maßgabe, den Wagen selbst zu produzieren. 1939 konnte ein VW-Modell auf der Automobilausstellung gezeigt werden. Das „Preiswunder“ von 990 RM wurde nur durch Subventionen der DAF für dieses Prestigeobjekt möglich. Die berühmte Ansparaktion der DAF-Unterorganisation „Kraft durch Freude“ (KdF), bei der Käufer jahrelang Gelder einzahlten, war mit 330000 Kunden gemessen an den bombastischen Dimensionen, die sich u.a. Hitler selbst ausgemalt hatte, eher ein Misserfolg. Jedenfalls stand den Prahlereien der DAF keine Realität zur Seite: „Nun ist auch die stille Sehnsucht des deutschen Arbeiters, ein Auto zu besitzen, in Erfüllung gegangen.“ (S. 176) Die wesentlichen Kosten eines Autos machte sowieso nicht der Kaufpreis, sondern der Unterhalt (v.a. Treibstoff und Versicherung) aus.

Auch deswegen wäre der Volkswagen ein Mittelstandsauto geblieben.

Der Sinn und Zweck, den die NSDAP mit diesen in erster Linie politisch motivierten Projekten verfolgte, ist auf der wirtschaftlichen sowie auf der propagandistischen Ebene zu suchen. Der Staat agierte als ideeller Gesamtkapitalist, der Bevölkerungskreisen Zugang zu Industrieprodukten gewähren wollte, die durch die bisherigen Preise davon ausgeschlossen waren. Die Verantwortlichen erhofften sich davon nicht nur eine engere Bindung der Bevölkerung an die NSDAP, sondern auch einen Schub für die technologische Entwicklung. Und: „Die projizierten Konsummöglichkeiten und insbesondere die Volksprodukte wurden für die Propagierung und Inszenierung der ‚Volksgemeinschaft‘ genutzt.“ (S. 19) Zu diesem Schluss kommt ein neues Buch von Wolfgang König über die „Volksprodukte“. Tatsächlich waren die eigentlichen Nutznießer der Volksprodukte die mittelständischen Schichten. Die meisten Preise blieben für Arbeiter weiterhin unerschwinglich, zumal die Löhne bis 1936 stagnierten bei gleichzeitig anziehenden Lebenshaltungskosten.



Mit der Politik der Volksprodukte griff der nationalsozialistische Staat in die Wirtschaft ein – ohne ihren kapitalistischen Charakter zu negieren: durch Vorschriften zu Typisierung, Preisgestaltung und Kooperation der Einzelkapitalien. Dies betraf neben dem Volksempfänger den „Volksfernseher“ und den „Volkskühlschrank“. Im November 1938 wurde eine Arbeitsgemeinschaft der entsprechenden Wirtschaftsunternehmen beauftragt, einen „Einheits-Fernsehempfänger“ für 650 RM zu entwickeln, was die Kosten nicht gedeckt hätte, und seit 1937 wurde an einem „Volkskühlschrank“ als Gemeinschaftsmodell verschiedener Hersteller gewerkelt. Beide Produkte kamen wegen des Krieges nicht mehr auf den Markt.

Außerdem übernahmen Parteiorganisationen oder staatliche und halbstaatliche Institutionen die Rolle des Produzenten. Neben dem Volkswagen war dies im Wohnungsbau und bei den Reiseangeboten der Fall.

Mit „Volks- und Führerwohnungen“ wollte das Reichsarbeitsministerium dem akuten Wohnraummangel begegnen: Es gelte billigste, hinsichtlich Ausstattung äußerst beschränkte Wohnungen zu erbauen. Bis einschließlich 1939 wurden jedoch lediglich 157500 „Volkswohnungen“ errichtet – bei einem Fehlbestand von bis zu drei Millionen Billigwohnungen. Von 1934 bis 1938 machten jährlich eine Million Deutsche Urlaub mit dem KdF-Amt „Reisen Wandern und Urlaub“, bei dem die Preise zwar die „Fremdkosten“ deckten, die Verwaltungs- und Bearbeitungskosten aber von der DAF zugeschossen wurden.

Bei gewonnenem Krieg, das zeigen die utopischen Planspiele insbesondere der DAF, wären Staat und Partei häufiger in die Rolle des Produzenten getreten. Neue Werke, die nicht mehr klassisch privatkapitalistisch geführt worden wären, hätten womöglich eine Eigendynamik entwickelt.

Dementsprechend gab es dazu auch im Staats- und Parteiapparat Widersprüche, wie die Kontroverse zwischen Reichswirtschaftsminister Walther Funk, der „das Prinzip der Privatwirtschaft“ und DAF-Führer Robert Ley, der das „der Staats- bzw. Parteiwirtschaft vertrat“ (S. 222) zeigt.

König diskutiert die „Volksprodukte“ v.a. unter der Fragestellung, ob sie zu einer „nationalsozialistischen Konsumgesellschaft“ (S. 18) geführt hätten, was er aufgrund seiner Analyse verneint. Der Konsum aber scheint mir ein nachrangiger Erklärungsansatz zu sein, so deutlich wie der Propagandaaspekt im Vordergrund stand. Nicht zufällig waren die vorantreibenden und meist federführenden Kräfte die DAF und Goebbels’ Propagandaministerium. Für die Bevölkerung sollte auch etwas abfallen, damit die Ideologie der „Volksgemeinschaft“ nicht als leere Propagandahülse dastünde.

Die tatsächliche Bedeutung der häufig unterschätzten „Volksprodukte“ wird von König herausgearbeitet, und für eine Diskussion über die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik liefert seine Untersuchung aufschlussreiche Ergebnisse.

F ■

Wolfgang König: Volkswagen, Volksempfänger, Volksgemeinschaft. „Volksprodukte“ im Dritten Reich: Vom Scheitern einer nationalsozialistischen Konsumgesellschaft,Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn 2004, 310 S., 36 Euro.

Rezension von Paxton: „Anatomy of fascism“

Paxtons herausragendes Buch überrascht auch durch seine prozesshafte Methode. Statt eine – im Hegelschen und Marxschen Sinne – „abstrakte“ Formel für den Faschismus zu geben,wird zu Beginn an dessen konkret – historische Funktion errinnert: Schaffen einer „ Diktatur gegen die Linke inmitten von popular enthusiasm“ (S. 3). Ein weiterer methodischer Baustein ist für Paxton wichtig: fokussieren mehr auf die Taten der Faschisten als auf ihre Worte, konträr zur üblichen Praxis (S.11).

Genesis und Entwicklung des Faschismus werden als „Zyklus von fünf Stufen“ studiert : „ (1) Das Schaffen der Bewegungen; (2) deren Verankerung im politischen System ; (3) deren Machtergreifung ; (4) die Ausübung der Macht; (5) und, schließlich, in langer Dauer, in der das faschistische Regime entweder Radikalisierung oder Entropie wählt. Obwohl jede Stufe eine Voraussetzung für die nächste darstellt, ist es nicht erforderlich, dass eine faschistische Bewegung alle Stufen vollendet oder sich auch nur sich in eine Richtung bewegt“ (S.23).

Der Erste Weltkrieg war die „entscheidenste unmittelbare Voraussetzung für den Faschismus“ (S. 28). Nach dem Kriegsende und seinen sozialen und politischen Verwerfungen wurde die Bevölkerung, die öffentliche Lösungen der ökonomischen Probleme erwartete, in Ungewissheit gestürzt“ (S. 30).

Bereits die faschistischen „Urprogramme“, die die Krisenlage reflektierten, waren in ihrem „Antikapitalismus sehr selektiv „(S. 56). Um an die Macht zu kommen, trafen Mussolini und Hitler erst recht „pragmatische Entscheidungen“ (Ebd.) – gegen die faschistischen „Puristen“.

Entgegen allen Mythenbildungen kamen Mussolini und Hitler nicht via Coup d’Etat, sondern durch Zusammenarbeit mit (Teilen von) konservativen Eliten an die Macht S. 96 ff.). Es kam zu einem „Herrschaftskompromiss“ (S. 101). Paxton durchaus differenziert: „Das Nazi-Regime und die Wirtschaft hatten konvergierende, aber nicht identische Interessen“ (S. 145).

Die Machtergreifung von Mussolini und Hitler war in keiner Weise „unvermeidlich“ (S. 102). Die Politik liberaler und konservativer Eliten bzw. das Versagen der ArbeiterInnengewegung machte sie möglich. Paxton bewusst provokant: „Das genaue Studium, wie faschistische Führer Regierungs chefs werden, ist ein Lehrstück für Antideterminismus“ (Ebd.).

Im Schlusskapitel wird die Frage diskutiert, ob ein „updated“ Faschismus heute möglich ist (S. 172ff.). Paxton bejaht diese Möglichkeit, verweist jedoch auf wesentliche Unterschiede zur Zwischenkriegsszeit: u. a.das andere ökonomische Ambiente im Gegensatz zur Großen Depression oder den weitgehenden Verzicht der aktullen extremen Rechten auf den „Primat der Politik“, also das Setzen auf den „freien Markt“.

Hermann Dworczak ■

Robert O. Paxton: The Anatomy of Fascism. New York: Alfred A. Knopf , Publisher 2004. 321 S.

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke; Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg–Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

:ostritt

Eine „Reise nach Königsberg/Kaliningrad“ kündigt die „Stadtgemeinschaft Königsberg Pr. in der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.“ für den kommenden August an. Kaliningrad feiert das 750-jährige Jubiläum der Stadtgründung – ein Anlass für die „Stadtgemeinschaft“, in der russischen Ostsee-Exklave eine „Königsberger Woche“ mit „Königsberger Jubiläums-Treffen“ durchzuführen.

„Stadtgemeinschaft Königsberg“? Gemeint sind damit nicht die Einwohnerinnen und Einwohner Kaliningrads, sondern deutsche Umgesiedelte sowie deren Nachkommen und Bekannte. „Die Bürger und Freunde der Stadt Königsberg haben sich im Bewusstsein ihrer historischen Verantwortung für Deutschland zusammengeschlossen“, heißt es erklärend in der Satzung der Organisation. Ihr Ziel ist es, „die Tradition der Stadt Königsberg zu wahren und fortzuentwickeln“. Daran arbeitet sie seit ihrer Gründung am 17. Mai 1949.

Unterstützung erhält die „Stadtgemeinschaft“ seit den frühen 1950er Jahren vor allem von den städtischen Behörden in Duisburg. Am 26. Oktober 1951 beschließt der Duisburger Stadtrat, eine „Patenschaft für Königsberg“ zu übernehmen. Ein Jahr später wird sie bei einer großen „Vertriebenen“-Versammlung („Königsberger Heimattreffen“) feierlich verkündet. Der symbolische Akt beinhaltet durchaus konkrete Maßnahmen. So übernimmt die Stadt Duisburg u.a. die „Einwohnerkartei“ der „Stadtgemeinschaft“, in der die ehemaligen Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt aufgeführt sind.

Sollte die Umsiedlung der Deutschen irgendwann einmal zum „Unrecht“ erklärt werden, dann böte die Kartei, die bis heute weitergeführt wird und inzwischen rund 300.000 Anschriften enthält, die geeignete Grundlage für Entschädigungsklagen.

Den Anspruch, in Kaliningrad wieder ein Wörtchen mitreden zu wollen, hat die „Stadtgemeinschaft“ bis heute nicht aufgegeben. Im Jahr 1999 waren der „Stadtvorsitzende“ Klaus Weigelt (Repräsentant der Konrad-Adenauer-Stiftung in Budapest) sowie seine beiden Stellvertreter in Kaliningrad, um dem Gouverneur der russischen Oblast „die Vorstellungen der Stadtgemeinschaft über die Zukunft Königsbergs“ zu „erläutern“, heißt es auf der Website der Organisation. Ihr Anliegen macht Fortschritte. Das 700-jährige Jubiläum der Stadtgründung feierte die „Stadtgemeinschaft“ im Jahr 1955 in Duisburg. Das gegenwärtige Jubiläum kann sie wieder in ihrer „Heimat“ zelebrieren.

jk ■

Rechte Kandidaturen in NRW

Junge Freiheit Nr. 10/05 vom 4.3.2005

Zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen versuchen gleich drei rechtsextreme Parteien die Kandidatur: Neben Republikanern und NPD tritt auch die Partei Rechtsstaatliche Offensive, die ehemalige Schill-Partei, an. Alle sind im Augenblick wohlgemut, die notwendigen 12800 Unterschriften für die Wahlkreise und die 1000 für die Landesliste zusammen zu bekommen. Die NPD, deren Vorsitzende Udo Voigt Spitzenkandidat ist, und auf deren Liste sowohl DVU-Mitglieder wie auch Mitglieder verschiedener Kameradschaften kandidieren, will als Schwerpunkte im Wahlkampf die „Ausländerpolitik" angreifen sowie mit einer „strikten Ablehnung der Hartz-Reformen" in den Wahlkampf gehen.

Das angebliche Aussterben der „Deutschen" ist Thema eines Aufsatzes von Ellen Kositza, nach Angaben des Blattes fünffache Mutter, die die Zwangsschwangerschaft einführen will. Auf die Frage von *Ruth Klüger*: „Hat der Staat das Recht darauf, seinen Bürgern und besonders seinen Bürgerinnen die Pflicht aufzuerlegen, Kinder zu produzieren? Wenn die Gesellschaft meint, mehr Nachwuchs zu brauchen, als die Familien, aus denen sie besteht, brauchen zu können, dar sie dann moralischen Druck ausüben?", antwortet Kositza: „Sie darf und sie muss, wenn sie überleben will, überleben als Nation vor allem und nicht als Steuersystem, Rentensicherungsgarant und materieller Fürsorgepakt." Wie dieser Druck ausgeübt werden soll, beantwortet die Dame nicht.

Üble Hetze gegen Migranten

Junge Freiheit Nr. 11/05 vom 11. März 2005

Ellen Kositza schreibt im Blatt zur Ermordung von Hatin Sürücüs. Über dem Artikel auf der Titelseite prangt ein Bild, dass einen Mann mit erhobenem Messer vor einer Frau in einem Fußgängertunnel zeigt – im Gegenlicht. Die angebliche „Schattenwelt Multikultopia" gefährde die Gesellschaft, in Frankfurt oder Stuttgart könnten „unverschleierte Frauen" schon nicht mehr unbelästigt durch die Stadt gehen. Für das Blatt ist der Mord an Hatin Sürücüs ein Beleg dafür, dass die multikulturelle Gesellschaft gescheitert sei, obwohl dieser Mord in der BRD wie in der Türkei strafbar ist. Mit interkultureller Gesellschaft hat er nichts zu tun.

Ihre Antwort auf die Entwicklung einer gemeinsamen Gesellschaft ist, wie könnte es anders sein, Deutsche kriegt mehr deutsche Kinder: „Debatten, ob integrationsunwillige Migranten als harmlose ‚Subkulturen' oder als aggressive ‚Gegenkultur' von Minderheiten anzusehen seien, dürften sich jedoch in absehbarer Zeit erledigt haben. Der Kampf der Kulturen ist längst zu einem einseitig erklärten ‚Kampf der Wiegen' geworden." Wer diesen angeblichen Kampf erklärt hat, bleibt das Geheimnis von Frau Kositza.

Die Umbenennung des Jagdgeschwaders 74 und der Kaserne in Visselhövede, mit dem Bundesverteidigungsminister Struck einen von sieben Jahren gefassten Beschluss des Bundestages umsetzt, den Namen des 3.-Reich-Jagdfliegers Werner Mölders nicht mehr für Kasernen und Geschwader zu verwenden, ist für das Blatt ein Beleg dafür, dass die Bundeswehr auf dem Weg zur Söldnertruppe ist:

„Bundesverteidigungsminister Struck will aus der Bundeswehr eine gesichts- und seelenlose Truppe machen. Die Streitkräfte der Zukunft sollen eine Art ‚Universal Soldiers' sein, die keine Heimat und keine Tradition mehr kennen, von Verteidigung Deutschlands am Hindukusch reden, aber die Auslandsverwendungszulage meinen."

Öffentliche Unterstützung für NPD

Junge Freiheit Nr. 12/05 vom 18. März 2005

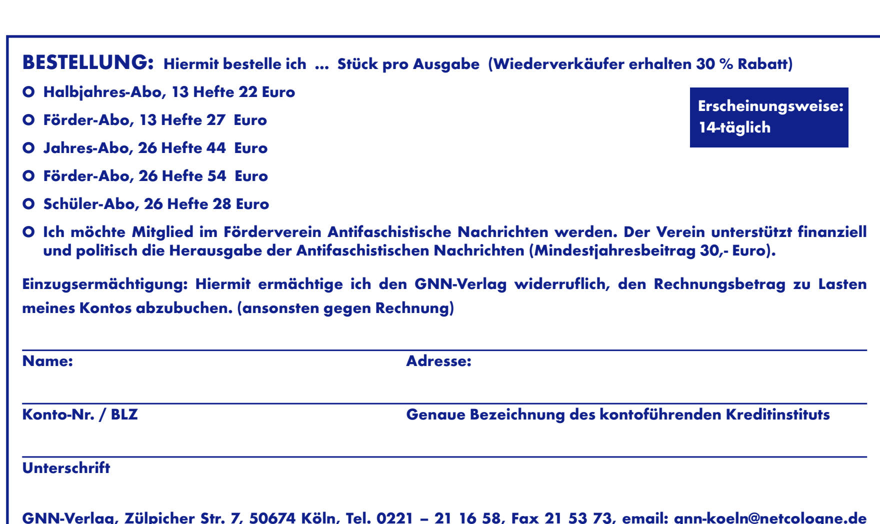
Die vom Bundestag zur Einschränkung des Demonstrationsrechts und Verschärfung des Volksverhetzungsparagrafen beschlossenen Gesetzesänderungen nimmt *Doris Neujahr* zum Anlass, um nochmals die NPD-Reden im sächsischen Landtag zu verteidigen.

„Offensichtlich haben die Reden zweier NPD-Abgeordneter im sächsischen Landtag zum Dresden-Bombardement die politische Klasse mehr erschüttert, als das selbst die unmittelbaren, hysterischen Reaktionen erahnen ließen. In den elektronischen Medien und den Zeitungen war zwar die Rede davon, dass die Entgegnung des SPD-Abgeordneten Cornelius Weiss, der im Namen aller etablierten Parteien sprache, eine souveräne, deutliche und klare Widerlegung enthalten hätte, doch diese Darstellung spekulierte auf die Unkenntnis des Publikums. Die Leser dieser Zeitung ... konnten sich davon überzeugen, dass Weiß ... seinen Vorrednern sachlich in keiner Weise gewachsen war."

Neujahr kündigt an, worum die nächste Auseinandersetzung geführt wird: die Rechtmäßigkeit der Nürnberger Prozesse. Die Anerkennung der Nürnberger Urteile auch in den mit der Bundesrepublik geschlossenen Verträgen sei die Ursache für die „Einschränkung staatsbürgerlicher Souveränität im Innern".

Auf der Jahrestagung der Deutschen Konservativen in Blankenburg hat der Republikaner-Vorsitzende *Schlierer* einen Vorschlag gemacht, die Debatte um eine Einheit der rechten Parteien voran zu bringen: Vor „einer rechten Fusionsdebatte" solle erst ein programmatisches „Manifest der national-konservativen Rechten" erarbeitet werden. „Dieses könne dann eine Grundlage für die zukünftige Zusammenarbeit rechter Parteien bilden", berichtet das Blatt.

uld ■


BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro
- O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Erscheinungsweise: 14-täglich

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507